



TNS Infratest
Politikforschung

Jüngere Rentner in Deutschland

Dezember 2014

Eine Studie von TNS Infratest Politikforschung
im Auftrag des Bundespresseamtes / BPA

Ihre Ansprechpartner:

Rita Müller-Hilmer

030 / 533 22 202

Oliver Sartorius

030 / 533 22 204

Berlin, Dezember 2014
67.22.140763



Jüngere Rentner in Deutschland

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit: Deutschsprachige Rentner im Alter von 60 bis 75 Jahren

Stichprobenanlage: Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe

Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefonische Interviews (CATI)

Erhebungszeitraum: 07. bis 26.10.2014

Fallzahl: 750 Interviews

Fehlertoleranz: 1,5* bis 3,6** Prozentpunkte
* bei einem Anteilswert von 5 Prozent
** bei einem Anteilswert von 50 Prozent

Institut: TNS Infratest Politikforschung

Ihre Ansprechpartner: Rita Müller-Hilmer
+49 (0)30 533 22 202
rita.mueller-hilmer@tns-infratest.com

Oliver Sartorius
+49 (0)30 533 22 204
oliver.sartorius@tns-infratest.com

Inhalt

1	Überblick zu den Ergebnissen der Studie	4
2	Vorbemerkungen.....	7
3	Beschreibung der Zielgruppe und ihrer Lebenssituation	8
3.1	Soziostrukturelle Zusammensetzung	8
3.2	Gesundheitliche Situation	9
3.3	Finanzielle Situation	11
3.4	Wohn- und Familiensituation.....	16
3.5	Lebenszufriedenheit	17
4	Leben im Ruhestand.....	20
4.1	Übergang in den Ruhestand.....	20
4.2	Frühere Vorstellungen vom Ruhestand und heutiger Alltag.....	27
4.3	Aktivitäten im Ruhestand	30
4.4	Soziales bzw. politisches Engagement und Ehrenamt.....	34
4.5	Persönliche Sorgen.....	39
5	Politische Einstellungen	42
5.1	Politisches Interesse und Einstellungen zu Politik und Gesellschaft.....	42
5.2	Politische Partizipation	44
5.3	Rentenpolitik und demografischer Wandel	46
5.4	Rentenpolitik der Bundesregierung	49

1 Überblick zu den Ergebnissen der Studie

- In der Zielgruppe der jüngeren Rentner befindet sich die Hälfte bereits in der Altersgruppe der 70- bis 75-Jährigen, ein Drittel ist zwischen 65 und 69, rund jeder Sechste zwischen 60 bis 64 Jahren. Mit mehr als sechs von zehn Rentnern sind **Personen mit einfachem Bildungsniveau** im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich **überrepräsentiert**.
- Die jungen Rentner haben eine **gute gesundheitliche Konstitution**. Der Gesundheitszustand von rund sieben von zehn Rentnern bietet wenig Grund zur Klage. Unter Beschwerden, die die Leistungsfähigkeit einschränken oder gar fremde Hilfe erfordern, leiden drei von zehn. Dabei wird ein starker Einfluss des Bildungsniveaus auf den Gesundheitszustand deutlich.
- Der Hälfte der Jungrentner steht ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.000 Euro zur Verfügung. Rentner in Ostdeutschland, Frauen, Niedriggebildete und ehemalige Arbeiter zählen besonders häufig zu den Einkommensschwachen. **Finanzielle Einschränkung** ist verbreitete Realität unter den Rentnern. Sie kommen mehrheitlich mit ihrem Budget aus, müssen aber sparsam sein. Trotzdem bessert nur ein kleiner Teil seine Rente durch Nebentätigkeit auf.
- Nahezu jeder Rentner oder Pensionär bekommt eine gesetzliche Rente oder Pension. Das weitere **Vorsorgeportfolio** ist äußerst vielfältig, hier bestehen in den Teilgruppen erhebliche Differenzen. Ostdeutsche Rentner beziehen seltener zusätzliche Versorgungsleistungen als westdeutsche. Der Umfang privater Rentenversicherungen variiert stark: Er steigt mit zunehmendem Bildungsniveau, dagegen sinkt er mit dem Alter.
- Die jüngeren Rentner sind **mit ihrem gegenwärtigen Leben im Ruhestand** ganz überwiegend **zufrieden**. Besonderen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben Gesundheit und finanzielle Ressourcen. Dabei liegt die Zufriedenheitsschwelle bei einem monatlichen Netto-Einkommen von 2.000 Euro.
- In der Rückschau auf ihr berufliches Leben sind mehr als neun von Zehn **mit ihrer Erwerbsbiographie zufrieden**. Eine maßgebende Kategorie in der retrospektiven Bewertung ist die monetäre, der Anteil der Zufriedenen verdoppelt sich von der untersten bis zur obersten Einkommensklasse.
- Das **tatsächliche Renteneintrittsalter** der meisten Rentner in der Zielgruppe liegt unter der gesetzlichen Altersgrenze. Entsprechend schieden sieben von zehn der vormals erwerbstätigen Rentner vor Erreichen der Regelaltersgrenze aus dem Berufsleben aus. Bis dorthin arbeitete nur jeder vierte Rentner, eine kleine Gruppe blieb darüber hinaus beruflich tätig. Zwei Drittel arbeiteten vor dem Renteneintritt in Vollzeit, ein Drittel in Teilzeit. Sowohl für Frühverrentung als auch für Teilzeitbeschäftigung entschieden sich die Jungrentner meist freiwillig.

- Bei den Vorstellungen, die vor dem Ruhestand über die Zeitverwendung während der Rente bestanden, spielten die Intensivierung bislang vernachlässigter Tätigkeiten (Familie, Hobbys) eine wichtigere Rolle als neue Vorhaben. Nach Ansicht von acht von zehn Rentnern haben sich ihre **Vorstellungen vom Ruhestand erfüllt**. Relativ am stärksten weicht die Lebenswirklichkeit in der Gruppe der finanziell schlecht ausgestatteten Rentner, der ehemaligen Arbeiter, Arbeitslosen und Berufsunfähigen von den früher geäußerten Plänen im Ruhestand ab.
- Der große **Mehrwert des Ruhestands** liegt in der gesteigerten Selbstbestimmung. Nahezu jeder Rentner genießt die Freiheit, über seine Zeit eigenständig zu entscheiden. Entsprechend vermisst nur jeder Zehnte den geregelten Tagesablauf des Berufslebens und nur jeder Neunte gibt an, nach dem Renteneintritt in ein Loch gefallen zu sein. Neun von zehn Rentnern sind voller Ideen zur Nutzung der neuen Freiheitsgrade. Davon zu unterscheiden ist die effektive Umsetzung, denn drei von Zehn wären gerne aktiver, es fehlt ihnen jedoch der Antrieb.
- Bei den **Aktivitäten der Rentner** kommt den Beschäftigungen zum eigenen Zeitvertreib (z.B. Lesen, Heimarbeiten, Sport, etc.) ein größerer Stellenwert zu als altruistischem Engagement (z.B. Betreuung von Verwandten). Viele Jungrentner nutzen den Ruhestand auch, um zu reisen, was entsprechende finanzielle Mittel voraussetzt. Vereinsarbeit wird in der Zielgruppe von vier von Zehn betrieben.
- Zum **Medium Internet** bestehen nur wenige Berührungspunkte, knapp zwei Drittel der Rentner sind online. Der Digitalisierungsgrad der Rentner hängt stark positiv von Bildungsgrad (und Einkommen) ab. Für neun von zehn „Silversurfern“ gehört das Internet zum regelmäßigen Alltag. Die Onliner nutzen das Internet in erster Linie für Information und Kommunikation.
- Über ein Drittel der jüngeren Rentner ist politisch oder sozial engagiert oder ehrenamtlich tätig. **Ehrenamtliches Engagement** korreliert ebenfalls positiv mit dem Bildungsniveau. Die meisten Aktiven engagieren sich im sozialen Bereich. Dabei geht es vor allem darum, etwas für die Gesellschaft zu tun und Spaß zu haben. Ebenfalls von großer Bedeutung sind soziale Kontakte. Als Gründe *gegen* solches Engagement bringen die Jungrentner ihre fehlende Zeit sowie andere Interessen im Ruhestand vor.
- Hinsichtlich möglicher künftiger Entwicklungen im Alter strahlen die Senioren Gelassenheit aus. Fast jedem Zweiten bereitet es aber große **Sorgen**, krank oder pflegebedürftig zu werden. Relativ wenig Angst besteht hinsichtlich der verschiedenen Ausprägungen gesellschaftlicher und familiärer Isolierung im Alter.
- Politisches Interesse geben zwei Drittel der Jungrentner an. Es liegt damit merklich höher als in der Wahlbevölkerung ab 18 Jahren. Das **politische Interesse** korreliert positiv mit dem Bildungsniveau: Je höher der Bildungsabschluss, desto stärker das politische Interesse.
- Die Jungrentner schätzen die **Rahmenbedingungen der Demokratie** und der politischen Mitbestimmung in Deutschland, sie kritisieren aber deren praktische Ausgestaltung. Sechs von Zehn sind mit der Demokratie in Deutschland zufrieden, ebenso mit den Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung. Mehr als acht von Zehn bemängeln jedoch eine **Gerechtigkeitslücke** in der Gesellschaft, die sich in einer zu großen Kluft zwischen Arm und Reich spiegele.

- Hinsichtlich **politischer Partizipation** machen die Jungrentner häufiger von den sporadischen Mitbestimmungsmöglichkeiten Gebrauch. Partizipationsformen, die wie die Arbeit in einer Partei oder Bürgerinitiative intensives Engagement voraussetzen, werden weniger genutzt. Das politische Engagement war vor dem Ruhestand etwas stärker ausgeprägt als danach.
- Die **Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters von 65 auf 67 Jahre** teilt die Jungrentner in zwei Lager: Eine Hälfte hält den Beschluss für rentenpolitisch notwendig, die andere spricht sich dagegen aus. Weitgehend einig ist man sich, das Renteneintrittsalter nicht weiter anzuheben. Bei 67 Jahren scheint eine Akzeptanzschwelle erreicht zu sein. Große Anziehungskraft übt das Modell des flexiblen Renteneintrittsalters aus, das Spielraum für eine individuelle Lebensplanung lässt.
- Von den möglichen Maßnahmen der Politik zur **Stabilisierung der Rentenkassen** sind die Jungrentner von keiner mehrheitlich überzeugt. Knapp die Hälfte hält Steuererhöhungen für ein probates Mittel, die Erhöhung von Rentenbeiträgen oder der Lebensarbeitszeit sind nur für je drei von Zehn richtige Schritte. Unpopulär sind Rentenkürzungen, die die heutigen Rentner selbst betreffen. Trotz des demografischen Wandels haben die Rentner mehrheitlich das Gefühl, dass die Politik **Interessen von jüngeren und älteren Menschen** gleichermaßen berücksichtigt.
- Bei den **Erwartungen an die Bundesregierung** hat für die Zielgruppe die Förderung der Erwerbstätigkeit im Alter den größten Stellenwert, jeder Zweite findet es sehr wichtig, die über 50-Jährigen im Arbeitsmarkt zu halten bzw. wieder zu integrieren. Knapp die Hälfte meint, dass dafür auch die Arbeitsbedingungen älterer Menschen verbessert werden müssen. Groß ist das Interesse an der Förderung häuslicher Pflege innerhalb der Familie. Auch müssten die Pflege-, Renten- und Krankenversicherung noch weiter reformiert werden.
- Die **bisherigen Anstrengungen der Bundesregierung**, um Rentnern einen guten Ruhestand zu ermöglichen, werden als nicht sonderlich erfolgreich empfunden. Mit der Stabilisierung von Rentenversicherung und Gesundheitssystem erntet die Regierung aber für zwei Bereiche vergleichsweise große Anerkennung (jeweils knapp vier von Zehn attestieren hier Erfolg). Das schlechteste Zeugnis stellen die Jungrentner der Bundesregierung bei der Bekämpfung von Altersarmut aus. Nur in den Augen eines jeden Achten war sie hier bisher erfolgreich.
- Die **Bewertung der Gesamtleistung** der Bundesregierung fällt, trotz des kritischen Urteils in den für ältere Menschen besonders relevanten Politikfeldern, relativ positiv aus. Jeder Zweite ist mit der Arbeit der Regierung zufrieden. Damit liegt die Regierungszufriedenheit der Zielgruppe auf demselben Niveau wie in der wahlberechtigten Bevölkerung ab 18 Jahren.

2 Vorbemerkungen

Die jungen Rentner und Pensionäre¹ von 60 bis 75 Jahren haben sowohl in ihrem beruflichen Leben als auch im privaten Rahmen einen langen Zeitraum prosperierender gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung erlebt. Geprägt von den Annehmlichkeiten des deutschen Wirtschaftswunders und in Zeiten von Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel besonders wertgeschätzt, sahen sich die heute jungen Rentner am Ende ihrer beruflichen Laufbahn mit einer Fülle von einschneidenden Veränderungen konfrontiert. Gerade die wirtschaftliche Globalisierung inklusive der daraus resultierenden Krisen, die durch die Wiedervereinigung verursachten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt und die fortschreitende Digitalisierung nicht nur der Arbeitswelt forderten ihnen zahllose Anpassungsleistungen ab.

Gleichzeitig haben Sozialmediziner empirisch nachgewiesen, dass mit der gestiegenen Lebenserwartung vor allem ein Gewinn an aktiven Jahren einhergeht, die durch eine rege, selbstverantwortliche Lebensführung gekennzeichnet sind. Den jungen Rentnern stehen heute ganz andere Möglichkeiten offen als noch den Rentnern vor einigen Jahren.

Der aktuelle Mikrozensus beziffert den Anteil der 60- bis 75-Jährigen an der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahren auf ca. 18 Prozent. Nach telefonischen Erhebungen von TNS Infratest verorten sich ca. 83 Prozent dieser Altersgruppe als Rentner bzw. Pensionäre. Dass diese Gruppe der jüngeren Rentner in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch einmal deutlich an Umfang und Einfluss gewinnen wird, macht die in der Bevölkerungsfortschreibung vorausberechnete weitere demografische Alterung der Gesellschaft deutlich. Bis 2030 könnte der Anteil der Personen über 60 Jahren in Deutschland auf über 36 Prozent anwachsen, bis 2050 auf über 40 Prozent.² Bei Wahlen stellt die Generation 60+ bereits heute die größte Wahlberechtigten- und Wählergruppe. Ein verstärktes Interesse an den Lebensbedingungen des Ruhestands, den Problembereichen des höheren Lebensalters und den Erwartungen an die Politik sind infolgedessen unentbehrlich. Die vorliegende Studie zielt entsprechend auf die (zeit-)ökonomische und (gesellschafts-)politische Situation dieser Zielgruppe im Ruhestand.

Die demoskopische Aufmerksamkeit gilt dem Selbstbild der jüngeren Rentner im Ruhestand, ihren aktuellen Lebensbedingungen, ihrer Zufriedenheit in familiärer, gesundheitlicher und vor allem finanzieller Hinsicht, ihren Vorstellungen vom Ruhestand und deren Realisierungsniveau. Auch den verschiedenen Aktivitäten und Gestaltungsmöglichkeiten der Rentenzeit wird Raum gegeben und betrachtet, inwiefern sich die Rentner weiterhin in die Gesellschaft (z.B. über Vereinsaktivitäten oder Familie) einbringen oder ob es Tendenzen zu (selbstgewählter) Isolation gibt. Auf den gesellschaftlichen Ansichten der Rentner und ihren konkreten Erwartungen an die politischen Entscheider, insbesondere in der Rentenpolitik, liegt ein weiterer Fokus, der schließlich Anregungen für Maßnahmen einer altengerechten Politik liefern kann, die auch die Generationengerechtigkeit nicht aus den Augen verliert.

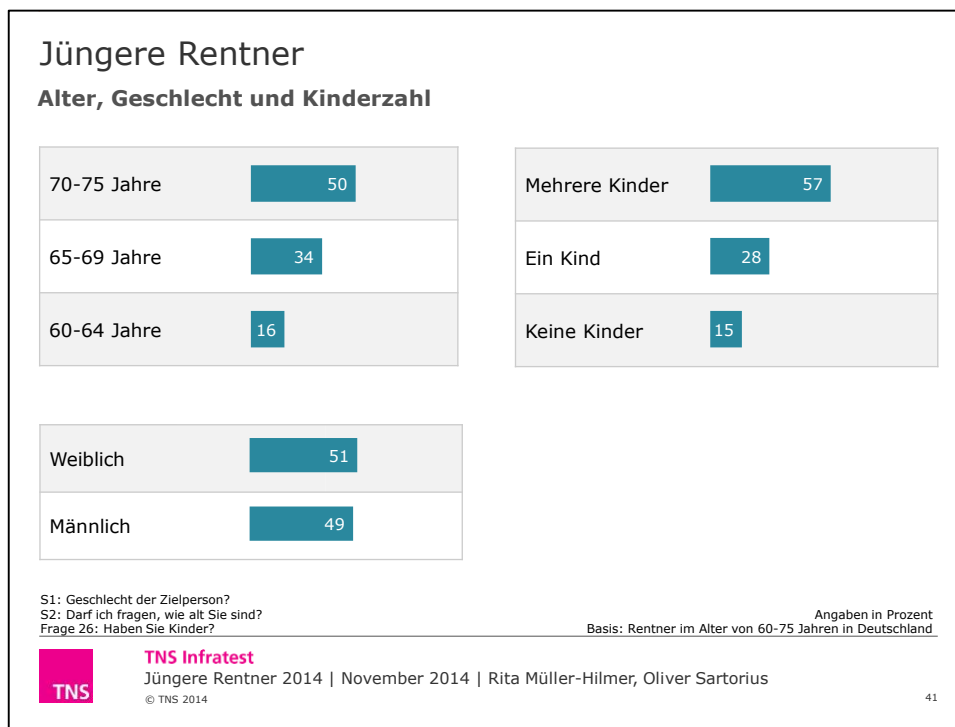
¹ Die Stichprobe umfasst Rentner, die in den letzten 10 Jahren vor Renteneintritt überwiegend berufstätig waren, also z.B. keine Hausfrauen. Aus stilistischen Gründen wird im Folgenden auf die Doppelbezeichnung „Rentner und Pensionäre“ verzichtet und zumeist lediglich mit dem Terminus „Rentner“ operiert. Aus Gründen der Lesbarkeit wurde zudem von der Verwendung der weiblichen Form Abstand genommen.

² So die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (Vgl. Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060, Wiesbaden, S. 39. PDF-Download der Publikation unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204099004.pdf?__blob=publicationFile)

3 Beschreibung der Zielgruppe und ihrer Lebenssituation

3.1 Soziostrukturelle Zusammensetzung

Innerhalb der Zielgruppe der „jüngeren Rentner“ befindet sich die Hälfte der Personen bereits in der Altersgruppe der 70- bis 75-Jährigen (50 Prozent). Ein Drittel ist zwischen 65 und 69 Jahren alt (34 Prozent), nur rund jeder Sechste kann der jüngsten Altersgruppe von 60 bis 64 Jahren zugeordnet werden (16 Prozent). Das Verhältnis zwischen Männern (49 Prozent) und Frauen (51 Prozent) ist nahezu ausgeglichen. Der größte Teil der jungen Rentner hat Nachwuchs, sei es ein Kind (28 Prozent) oder seien es mehrere Kinder (57 Prozent). Jeder Siebte blieb kinderlos (15 Prozent).

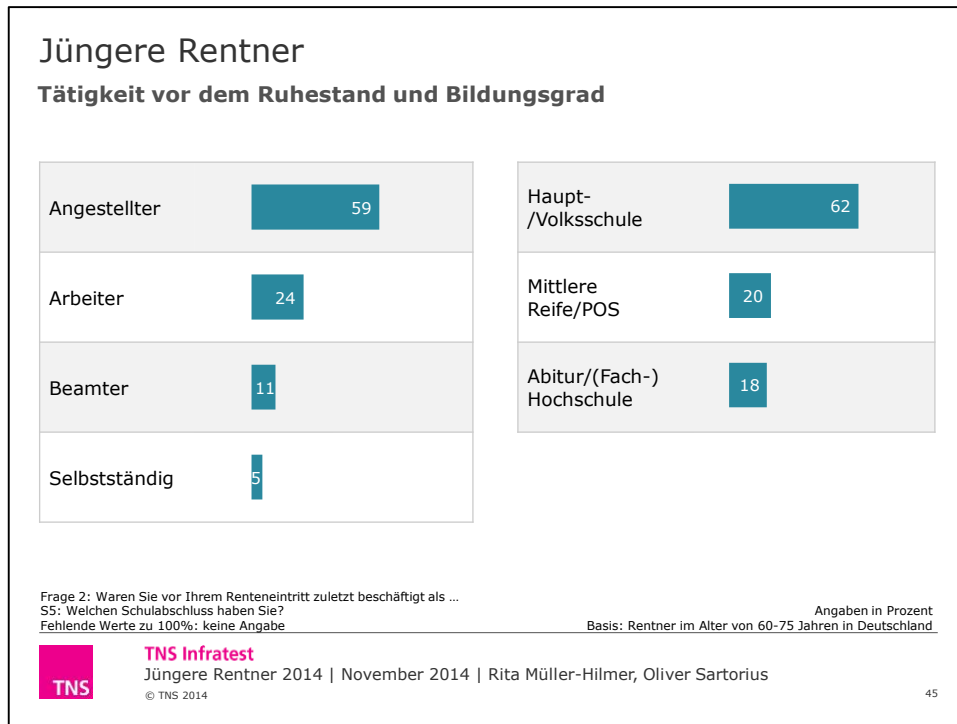


Ein Großteil der jungen Rentner verfügt über eine einfache formale Schulbildung, also einen Haupt- oder Volksschulabschluss (62 Prozent). Nur jeweils rund ein Fünftel kann dagegen einen mittleren Bildungsabschluss (20 Prozent) oder das Abitur bzw. ein abgeschlossenes Studium vorweisen (18 Prozent). Damit sind in der Zielgruppe Personen mit einfachem Bildungsniveau im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, in der nur noch knapp 35 Prozent über einen Haupt- oder Volksschulabschluss verfügen³, deutlich überrepräsentiert. Dieser Umstand spiegelt sich auch in der Frage wider, welcher beruflichen Tätigkeit die jetzigen Rentner zuletzt nachgegangen sind. So sind ehemalige Arbeiter in der Zielgruppe – verglichen mit der Tätigkeitsverteilung in der Gesamtbevölkerung⁴ –

³ Quelle: Mikrozensus 2013.

⁴ Unter den Erwerbstätigen ab 18 Jahren in Deutschland geben 19 Prozent an, Arbeiter zu sein, 64 Prozent sind Angestellte, 7 Prozent Beamte und 10 Prozent Selbständige (Quelle: ARD-DeutschlandTREND von Infratest dimap, 3. Quartal 2014).

überproportional stark vertreten (24 Prozent). Gleiches gilt für pensionierte Beamte (11 Prozent), wohingegen sich vergleichsweise wenige ehemals Selbständige unter den jungen Rentnern finden (5 Prozent). Die größte Gruppe unter den Jungruheständlern machen frühere Angestellte aus (59 Prozent), doch auch sie sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung eher unterrepräsentiert.

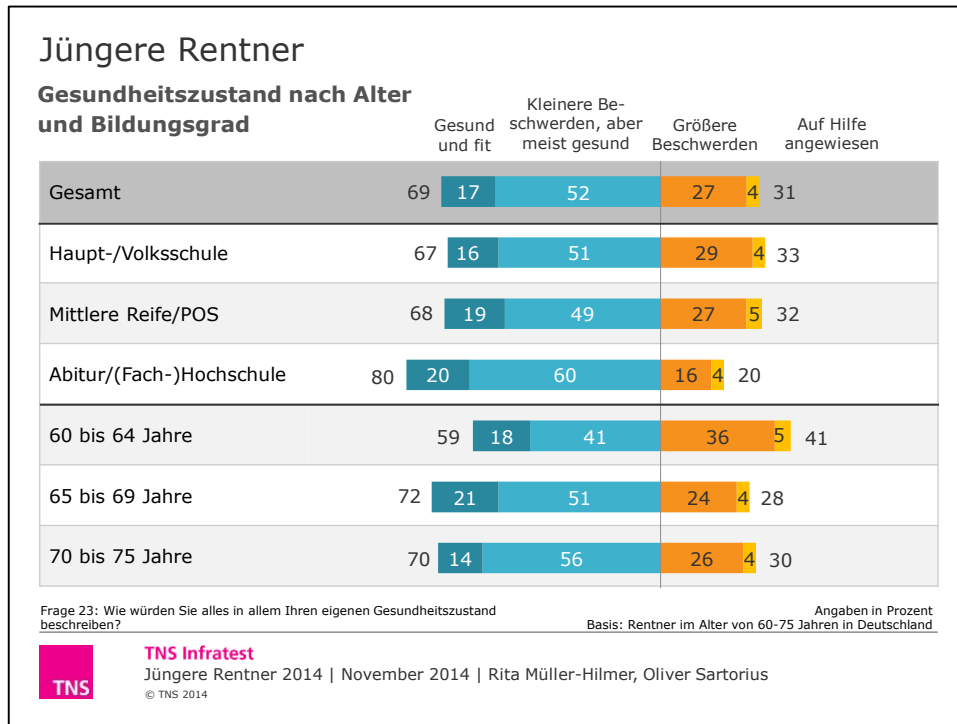


In regionaler Hinsicht ist festzustellen, dass gut drei Viertel der jüngeren Rentner in den westdeutschen Bundesländern leben (76 Prozent), knapp ein Viertel hat sein Zuhause in einem der neuen Bundesländer (24 Prozent).

3.2 Gesundheitliche Situation

Insgesamt weisen die jungen Rentner von heute eine gute gesundheitliche Konstitution auf. Zwar führen nur 17 Prozent nach eigenen Angaben ein völlig beschwerdefreies Leben. Zusammen mit den 52 Prozent, die nur gelegentlich von kleineren Beeinträchtigungen betroffen sind, sich zumeist aber gesund und fit fühlen, bietet der Gesundheitszustand von insgesamt rund sieben von zehn Rentnern wenig Grund zur Klage. Unter größeren Beschwerden, die auch die Leistungsfähigkeit einschränken, leiden 27 Prozent. Ein kleiner Teil der Rentner ist sogar derart beeinträchtigt, dass ein Leben ohne fremde Hilfe nicht mehr möglich ist (4 Prozent). Entgegen der Erwartung sind es weniger die älteren Rentner über 70 Jahre, die größere Beschwerden haben oder gar auf Hilfe angewiesen sind (30 Prozent), sondern vielmehr die junge Kohorte der 60- bis 64-Jährigen (41 Prozent). Hier spielt eine Rolle, dass sich der objektive Gesundheitszustand und das subjektive Gesundheitserleben mit zunehmendem Alter stärker voneinander unterscheiden als in jüngeren

Jahren.⁵ Die älteren Rentner sind objektiv sicher nicht gesünder als die jüngeren, sie sehen sich aber in der subjektiven Wahrnehmung als relativ gesund an, gerade in dem Wissen, dass sie mit über 70 Jahren auch in einem schlechteren Zustand sein könnten.



Hinlänglich bekannt und empirisch beschrieben ist der Einfluss des Bildungsniveaus auf den Gesundheitszustand, was in der wissenschaftlichen Diskussion unter dem Begriff der „gesundheitlichen Ungleichheit“ thematisiert wird.⁶ Der hohe Stellenwert der Bildung für die Gesundheit liegt einerseits im Zusammenhang von formalem Bildungsabschluss, beruflicher Position und damit der Einkommenssituation begründet. Andererseits führt Bildung zu besserem Wissen um eine gesunde Lebensweise, um die Relevanz von Vorsorge und auch zu einem kompetenteren Umgang mit Beschwerden. In der Zielgruppe der jungen Rentner wird der Zusammenhang zwischen Bildung und Gesundheit ebenfalls deutlich. Höhergebildete sind zu vier Fünftel fit oder werden lediglich von kleineren Beschwerden belastet (80 Prozent), während dieser Anteil unter den formal Niedriggebildeten auf zwei Drittel zurückgeht (67 Prozent). Damit geht einher, dass Beamte und damit die Berufsgruppe mit dem höchsten formalen Bildungsniveau (45 Prozent verfügen hier über Abitur oder Hochschulabschluss) ihren Gesundheitszustand am besten bewertet (82 Prozent). Überdurchschnittlich häufig klagten Rentner im Osten Deutschlands über

⁵ Der objektive Gesundheitszustand beeinflusst die subjektive Gesundheitswahrnehmung, ist aber nicht mit ihr gleichzusetzen. Dass dies besonders im höheren Lebensalter gilt, konnten Wurm/Lampert/Menning nachweisen: Mag sich mit steigendem Alter die objektive Gesundheit oft merklich verschlechtern, nimmt demgegenüber das subjektive Gesundheitserleben nicht im selben Maße ab (Vgl. Wurm, S./Lampert, T./Menning, S. (2009): Subjektive Gesundheit, in: Gesundheit und Krankheit im Alter, Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes, hrsg. v. Statistisches Bundesamt/Deutsches Zentrum für Altersfragen/Robert Koch-Institut, Berlin, S. 79-91. PDF-Download unter http://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/Gesundheit_und_Krankheit_im_Alter.pdf.)

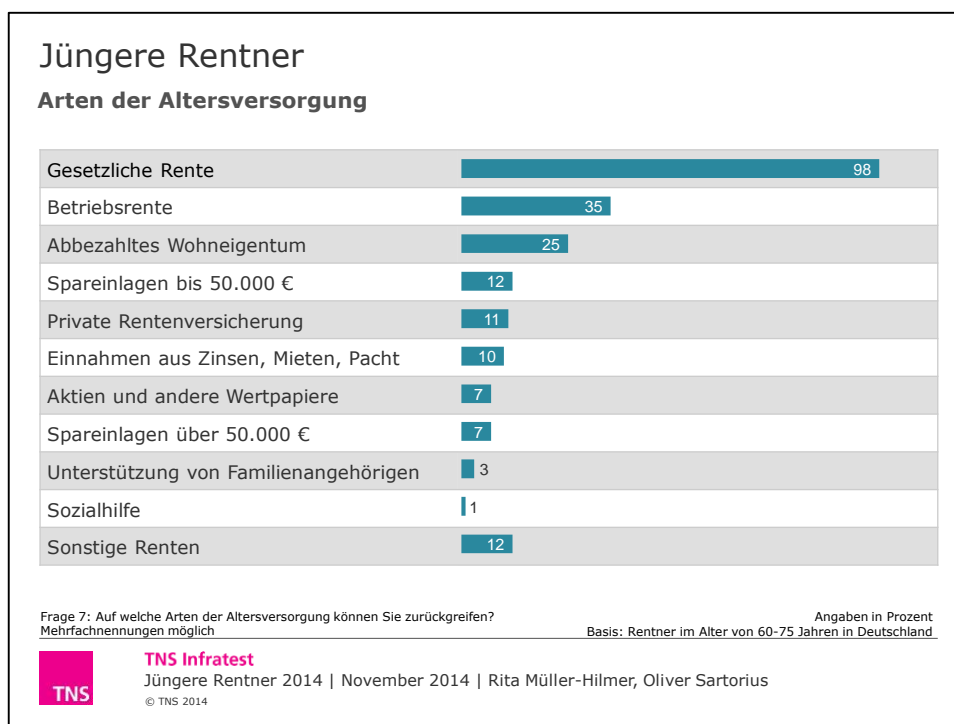
⁶ Vgl. beispielsweise Mielck, A./Lüngen, M./Siegel, M./Korber, K. (2012): Folgen unzureichender Bildung für die Gesundheit. Gütersloh. PDF-Download unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_35624__2.pdf

gesundheitliche Probleme: 39 Prozent sind hier in ihrem Leistungsvermögen stark eingeschränkt oder nicht mehr zu einer selbständigen Lebensführung fähig, im Westen sind es nur 29 Prozent.

3.3 Finanzielle Situation

Einkommenssituation

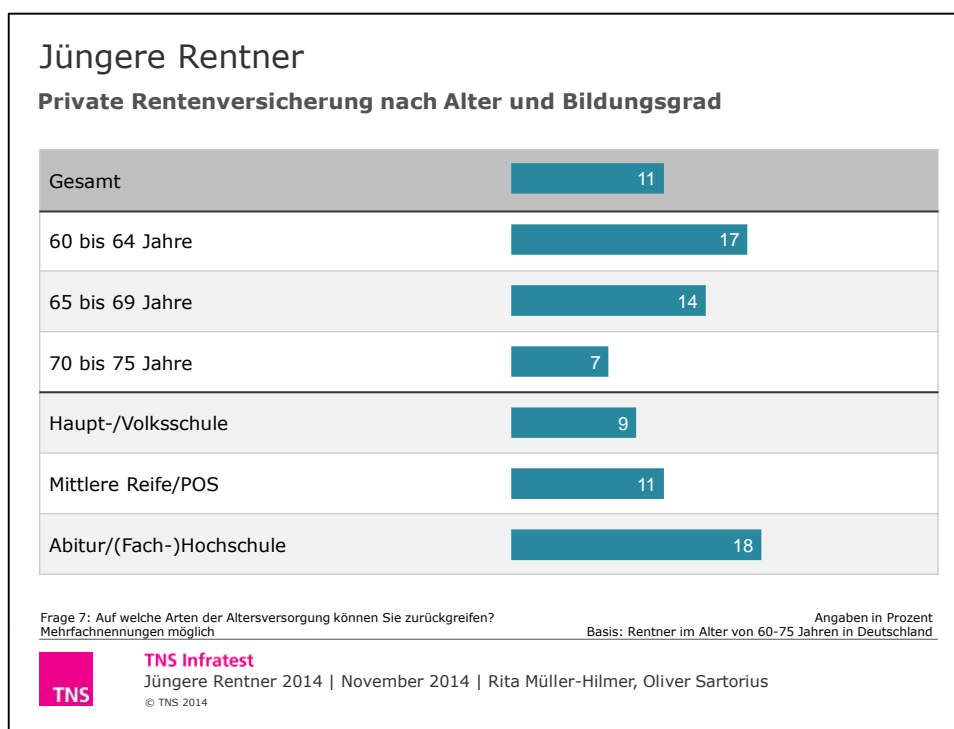
Nahezu jeder Rentner oder Pensionär bekommt eine gesetzliche Rente oder Pension (98 Prozent). Das darüber hinausgehende Vorsorgeportfolio der Zielgruppe ist äußerst vielfältig. Ein Drittel nutzte während der Erwerbsphase die Möglichkeiten der ergänzenden erwerbsbasierten Sicherung in Form einer betrieblichen Altersversorgung und erhält nun eine Betriebsrente (35 Prozent). Eine weitere wichtige Säule ist die private Vorsorge: Ein Viertel der Jungrentner nennt abbezahltes Wohneigentum sein Eigen (25 Prozent), ein Fünftel hat im Verlauf des Lebens Geld zurückgelegt und verfügt im Alter nun über Spareinlagen bis 50.000 Euro (12 Prozent) bzw. über 50.000 Euro (7 Prozent), jeder Zehnte bezieht Zins-, Miet- oder Pachteinnahmen (10 Prozent), jeder Achte hat in eine private Rentenversicherung investiert, sei es in Form von Kapitallebensversicherung, Riester- oder Rürup-Rente (11 Prozent), jeder Fünfzehnte hält Aktien oder andere Wertpapiere (7 Prozent). Auf finanzielle Unterstützung seitens der Familie (3 Prozent) oder durch den Staat (1 Prozent) greift nur ein kleiner Teil zurück. Sonstige Rentenzahlungen, wie zum Beispiel Unfall- oder Witwenrenten) erhalten weitere 12 Prozent.



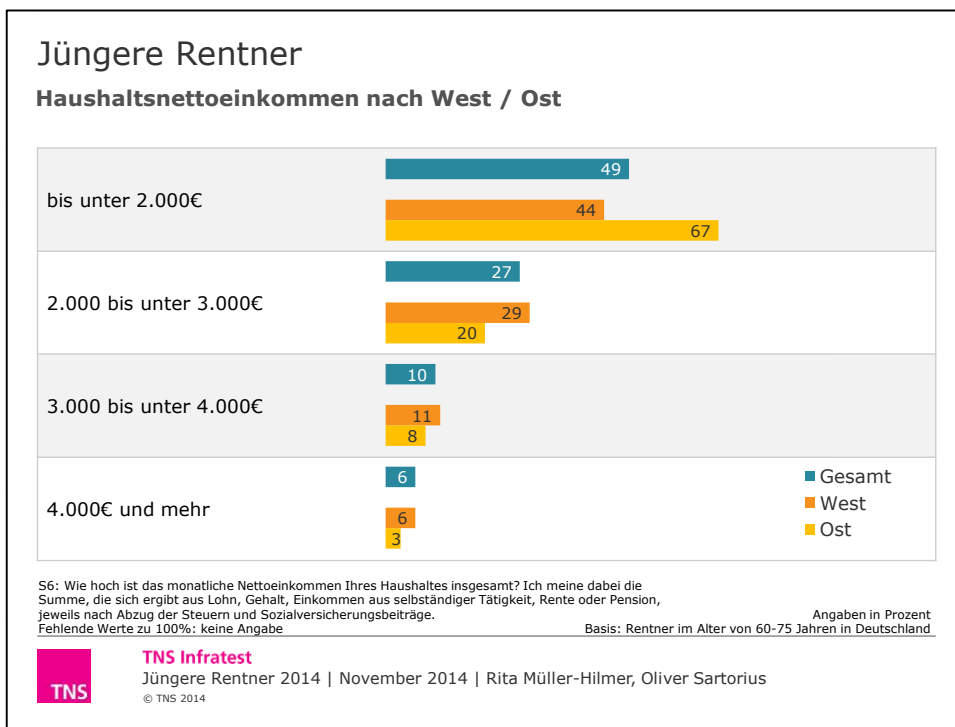
In den Untergruppen bestehen zum Teil erhebliche Differenzen in der Versorgungskomposition. Im Allgemeinen beziehen ostdeutsche Rentner über die gesetzlichen Renten- und Pensionszahlungen hinaus deutlich seltener zusätzliche Versorgungsleistungen als westdeutsche Senioren. Das liegt

vor allem am niedrigeren Anteil an privater Vorsorge: Ostdeutsche Rentner sind seltener privat rentenversichert als westdeutsche (5:13 Prozent), verfügen seltener über Wohneigentum (12:29 Prozent), haben weniger Zins-, Miet- oder Pachteinahmen (2:13 Prozent) und investieren weniger in Aktien (3:8 Prozent).

Der Umfang privater Rentenversicherungen variiert auch zwischen anderen Rentnergruppen zum Teil stark. Zum einen steigt er mit zunehmendem Bildungsniveau und damit dem Wissen um die Notwendigkeit privater Vorsorge für die materielle Sicherheit im Ruhestand an. Zum anderen sind die jüngeren Jahrgänge in der Zielgruppe häufiger auch privat versichert als die älteren. Dies überrascht nicht, wurden doch viele Bausteine der privaten Rentenversicherung – wie die Riester-Rente 2002 und die Rürup-Rente 2005 – erst unter der rot-grünen Bundesregierung eingeführt. Für die damals schon Älteren lohnte sich der Abschluss solcher Vorsorgeprodukte dagegen weniger, weswegen sie heute auch seltener davon profitieren.



Im Rahmen der Studie wurde auch danach gefragt, über welches monatliche Haushaltsnettoeinkommen die Zielpersonen verfügen können. Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bleibt der Hälfte der Jungrentner lediglich ein Einkommen von unter 1.000 Euro (7 Prozent) bzw. von 1.000 bis unter 2.000 Euro (42 Prozent). Naturgemäß fällt der Anteil der Rentner mit geringem Einkommen in denjenigen Gruppen überdurchschnittlich hoch aus, die im Laufe ihres Erwerbslebens aufgrund eines geringeren Gehalts sowohl weniger Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung abgeführt haben und gleichzeitig weniger Möglichkeiten zur privaten Vorsorge hatten. In Ostdeutschland liegt dieser Anteil bei 67 Prozent. Und auch Frauen (58 Prozent), Niedriggebildete (59 Prozent) und vor allem ehemalige Arbeiter (66 Prozent) zählen überdurchschnittlich häufig zu den Einkommensschwachen.



In den mittleren Einkommenskategorien von 2.000 bis unter 3.000 Euro finden sich mehr als ein Viertel der jungen Rentner wieder (27 Prozent). Über 3.000 bis unter 4.000 Euro im Monat können 10 Prozent verfügen. In die höchste Einkommensklasse mit einem verfügbaren Nettohaushaltseinkommen von mindestens 4.000 Euro monatlich fallen nur 6 Prozent der Rentner. Über ein sehr hohes monatliches Einkommen können sich vor allem formal Höhergebildete (16 Prozent), frühere Beamte (13 Prozent) und vormals Selbständige (14 Prozent) freuen.

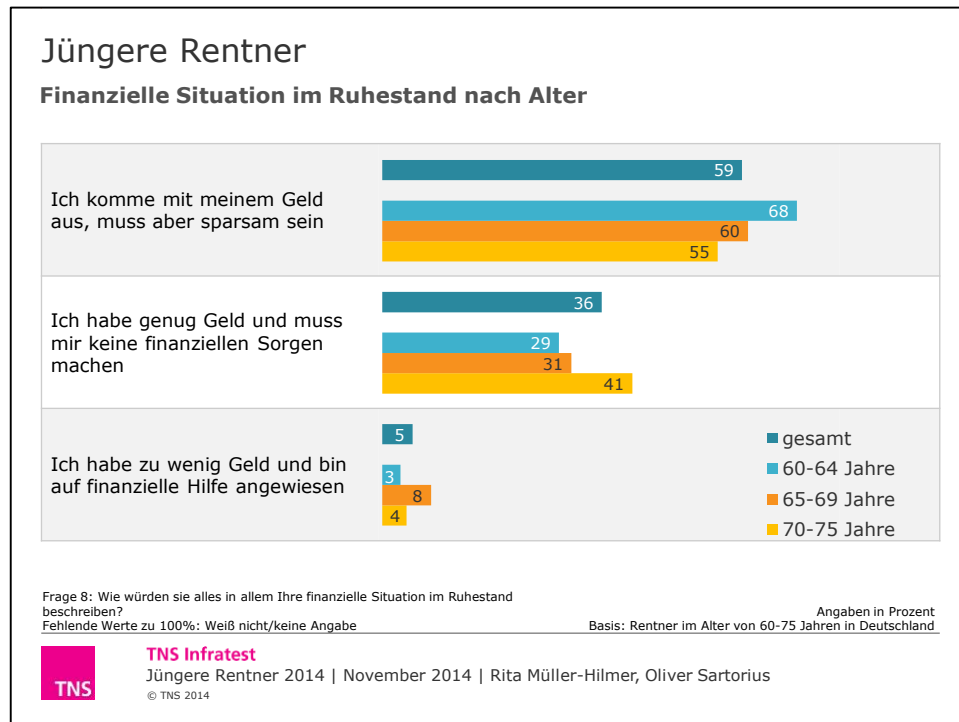
Einschätzung der eigenen finanziellen Lage

Alter und finanzielle Einschränkungen oder gar Armut sind keine zwangsläufigen Zusammenhänge, jedoch verbreitete Realität. Die jungen Rentner kommen mehrheitlich mit ihrem Budget aus, stehen aber dennoch unter finanziellem Druck und müssen entsprechend sparsam sein (59 Prozent). Mehr als jeder dritte Rentner verfügt über ausreichend Geld, um sich keine Sorgen über seine Finanzen machen zu müssen (36 Prozent). Jeder Zwanzigste kann seinen Lebensunterhalt nur durch finanzielle Unterstützung durch Dritte bestreiten (5 Prozent).

Während es unmittelbar einleuchtet, dass der Anteil der Personen ohne Finanzsorgen mit dem Einkommen⁷ und dem Bildungsgrad stetig wächst, überrascht diese Entwicklung beim Alter: Je älter die Rentner, desto eher geben sie an, genug Geld zu haben, um sich keine Sorgen über die

⁷ Rentner mit einem Einkommen unter 2000 bzw. 3000 Euro geben mehrheitlich an, sparsam sein zu müssen (72 bzw. 51 Prozent). Der Großteil der Rentner mit einem Haushaltsnettoeinkommen in Höhe von mindestens 3000 bzw. 4000 Euro und mehr hat keine finanziellen Sorgen (69 bzw. 81 Prozent).

persönliche Finanzlage machen zu müssen. Das könnte darauf zurückzuführen sein, dass im höheren Alter zum einen die finanzielle *Prospektive* an Bedeutung verliert und zum anderen Konsumausgaben reduziert werden, wodurch die eigene finanzielle Situation positiver erscheint. Gleichzeitig steht sicherlich die Gruppe der Jungrentner bis 65 Jahre noch besonders unter dem Eindruck des Wechsels vom Berufsleben in den Ruhestand und ist deshalb sensibler für die finanziellen Einschnitte, die die Verrentung mit sich bringt.

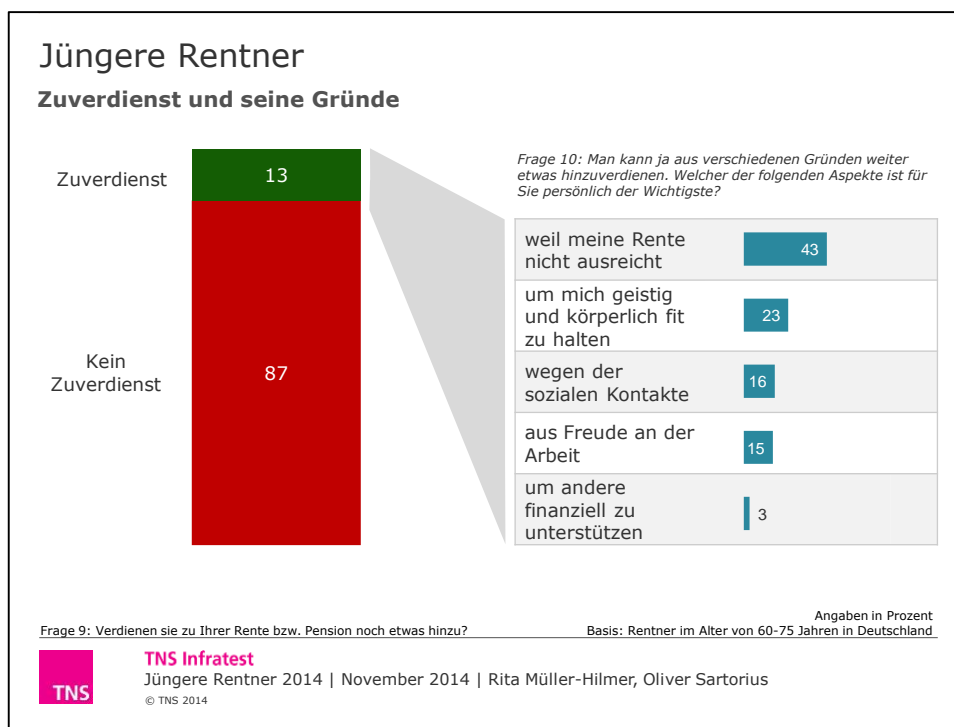


Dass ehemalige Arbeiter und Angestellte eher zu Sparsamkeit gezwungen sind (74 bzw. 58 Prozent) als frühere Beamte (34 Prozent) zeigt, wie die Ungleichheitsrelationen des Erwerbslebens durch die Lohnorientierung der gesetzlichen Rentenversicherung und die Soldbezogenheit der Pensionszahlungen gleichsam in den Ruhestand übertragen werden. Mitverantwortlich für die finanzielle Situation im Ruhestand ist offenbar auch die Existenz von Kindern sowie deren Zahl. In der Gruppe der Kinderlosen macht sich fast die Hälfte in finanzieller Hinsicht keine Sorgen (48 Prozent), bei Personen mit Kindern sind es deutlich weniger (1 Kind: 37 Prozent, 2 Kinder oder mehr: 32 Prozent). Kinderlose hatten wohl mehr Möglichkeiten, für das Alter finanziell vorzusorgen als Eltern.

Zuverdienst

Obwohl die Finanzausstattung vieler Rentner nicht üppig ist, bessert nur ein kleiner Teil seine Rente oder Pension durch eine Nebentätigkeit auf (13 Prozent), die große Mehrheit von 87 Prozent verdient sich nichts hinzu. Hier offenbart sich der Unterschied zwischen objektiver Lage und der Selbstwahrnehmung, denn es zeigte sich bereits, dass trotz des großen Anteils an Einkommensschwachen die meisten Rentner mittels eines sparsamen Lebensstils mit ihrem Geld

auskommen oder überhaupt keine Geldsorgen haben. Dennoch überrascht es, dass mit den ostdeutschen Rentnern gerade derjenige Bevölkerungsteil besonders selten einem Nebenverdienst nachgeht (4 Prozent), der überdurchschnittlich häufig über ein geringes Einkommen verfügt. Im Westen haben 16 Prozent der Jungrentner einen Zuverdienst.

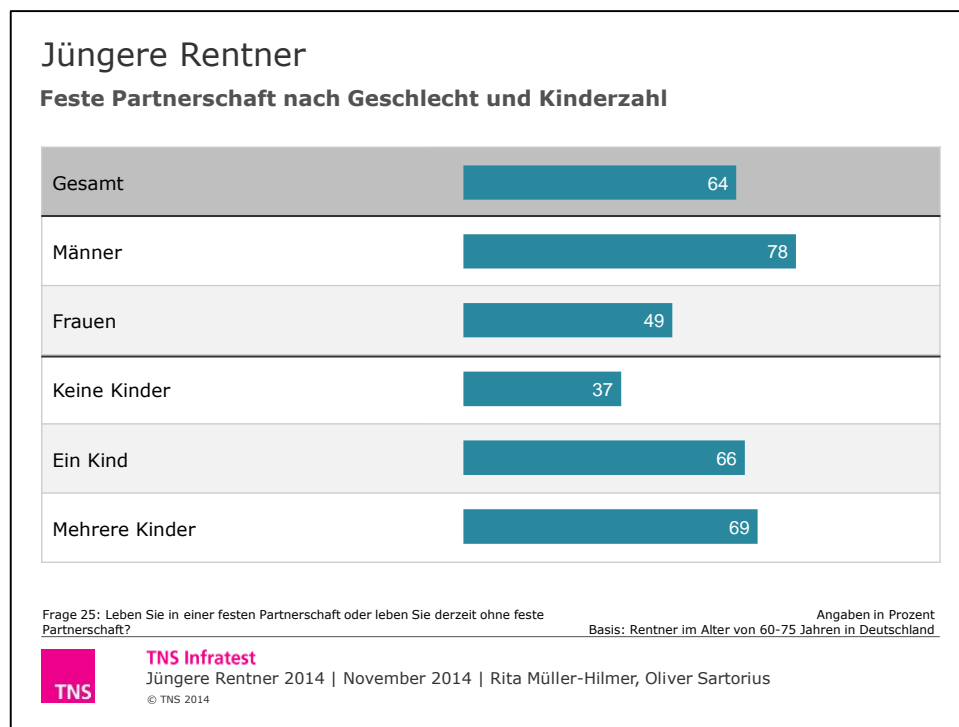


Am ehesten sehen sich Rentner durch ökonomischen Druck zur Nebentätigkeit veranlasst (43 Prozent). Dieser resultiert aus einer tatsächlich kleinen Rente, kann aber auch auf dem Verlangen beruhen, den bisherigen Lebensstandard keinesfalls aufgeben zu wollen. Nicht zu unterschätzen sind aber auch nicht-monetäre Aspekte von Erwerbstätigkeit im Ruhestand, die in der Summe die Mehrheit der Personen mit Nebenverdienst als Hauptgrund ihres Engagements angibt. Dazu zählen der Wunsch, sich auch in der Nacherwerbsphase geistig und körperlich fit zu halten (23 Prozent), soziale Kontakte zu pflegen (16 Prozent) sowie schlicht die Freude an der Arbeit (15 Prozent). Das altruistische Motiv, andere finanziell zu unterstützen, führt dagegen kaum jemand an (3 Prozent).

Bemerkenswerterweise sind die beiden Gruppen mit dem niedrigsten (15 Prozent) und dem höchsten Einkommen (19 Prozent) auch diejenigen, die sich vergleichsweise häufig etwas zu ihrer Rente oder Pension hinzuverdienen. In der niedrigsten Einkommensgruppe gehen fast zwei Drittel (63 Prozent) einem Nebenerwerb nach, weil ihre Rente nicht ausreicht. Für die besonders Einkommensstarken lassen sich aufgrund der geringen Fallzahl keine zuverlässigen Aussagen zu den Gründen für den Nebenverdienst machen. Es ist aber davon auszugehen, dass bei ihnen andere Gründe dominieren.

3.4 Wohn- und Familiensituation

Die übergroße Mehrheit der Jungrentner lebt entweder alleine oder gemeinsam mit dem Partner in einer Wohnung oder einem Haus (89 Prozent). Jeder Neunte wohnt mit mehreren Generationen, seien es die Kinder oder Enkelkinder, zusammen unter einem Dach (11 Prozent). Andere Wohnmodelle sind in der Zielgruppe nur ganz vereinzelt zu finden. Je jünger die Rentner sind, desto eher spielen Mehrgenerationenmodelle eine Rolle; mit zunehmendem Alter sowohl der Eltern als auch der Kinder werden letztere flügge und der Anteil der Eingenerationenhaushalte wächst entsprechend. Auch leben Frauen (16 Prozent) häufiger als Männer (5 Prozent) mit Kindern und/oder Enkelkindern zusammen. Dafür verantwortlich ist einerseits sicher die höhere Lebenserwartung von Frauen.⁸ Insbesondere mag dabei auch eine Rolle spielen, dass Frauen generell häufiger alleinerziehend sind als Männer.⁹



Knapp zwei Drittel der jungen Rentner verbringen ihren Ruhestand mit einem Partner (64 Prozent), ein gutes Drittel lebt nicht in einer Partnerschaft (36 Prozent). Diese Relation stellt sich über die verschiedenen Altersgruppen als recht konstant dar. Differenzen gibt es aber zwischen den Geschlechtern, die in den unterschiedlichen Lebenserwartungen von Männern und Frauen begründet liegen. Weil das durchschnittliche Sterbealter von Männern deutlich unter dem von Frauen liegt, leben Frauen statistisch zwangsläufig häufiger ohne Partner als Männer. Das zeigt sich

⁸ Das durchschnittliche Sterbealter von Männern lag im Jahr 2012 bei 74,2 Jahren, dasjenige von Frauen bei 81,3 Jahren (Quelle: Statistisches Bundesamt).

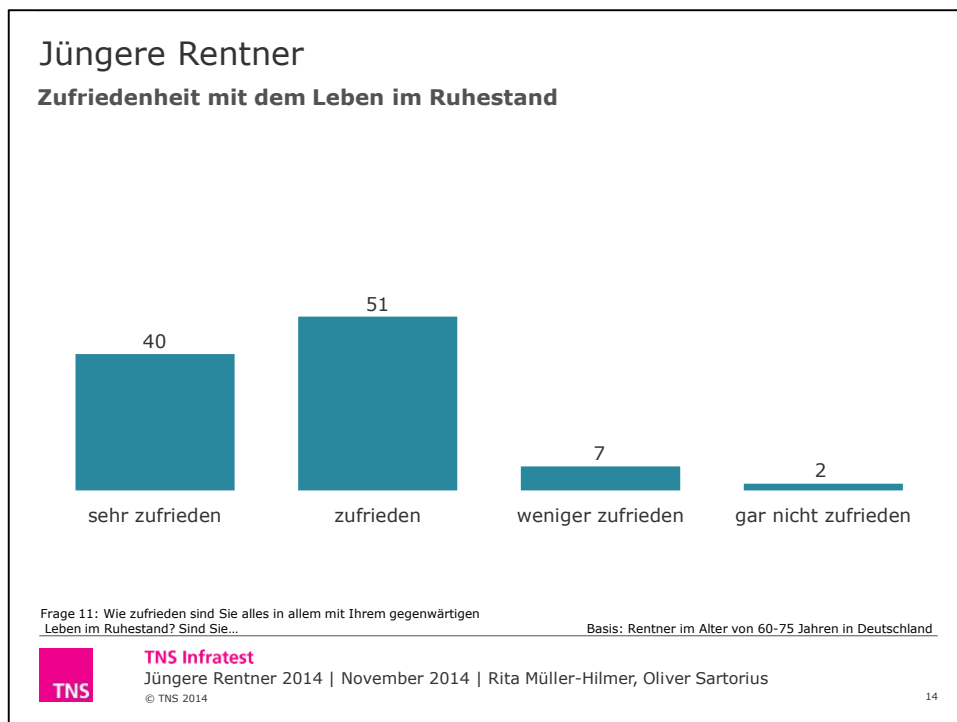
⁹ Laut Mikrozensus 2013 sind von den Alleinerziehenden in Deutschland 86 Prozent Frauen und 14 Prozent Männer (Vgl. Statistisches Bundesamt (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familie. Wiesbaden, S. 69. PDF-Download der Publikation unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/HaushalteFamilien2010300137004.pdf?__blob=publicationFile.)

auch in der Zielgruppe: 78 Prozent der Männer, aber nur 49 Prozent der Frauen befinden sich in einer festen Partnerschaft.

Kinder wirken sich ebenfalls darauf aus, ob man den Lebensabend allein oder mit Partner verbringt. Ihre Zahl ist dabei eher nachrangig, hinreichend ist ihre Existenz. Von den Kinderlosen leben 37 Prozent in einer Partnerschaft, unter Rentnern mit Kindern steigt der Anteil auf über zwei Drittel an (1 Kind: 66 Prozent, 2 Kinder oder mehr: 69 Prozent). Wer Kinder hat, muss tendenziell schon in jungen Jahren häufiger in Partnerschaft gelebt haben als Personen, die mangels Beziehung keine Kinder zeugten. Nicht zuletzt spielt auch die Verbindlichkeit schaffende Wirkung von Kindern eine Rolle, welche Beziehungen ohne Zweifel verstetigt.

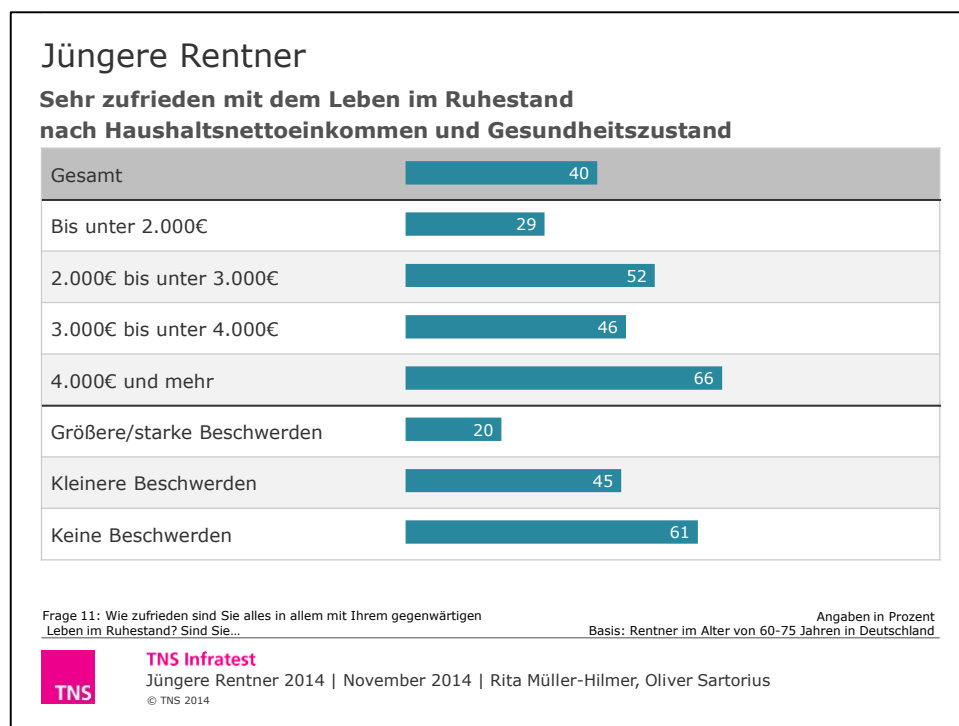
3.5 Lebenszufriedenheit

In der summarischen Bewertung zeigen sich neun von zehn der jüngeren Rentner mit ihrem gegenwärtigen Leben im Ruhestand zufrieden (51 Prozent) oder sogar sehr zufrieden (40 Prozent), nur einer von Zehn ist weniger (7 Prozent) oder gar nicht zufrieden (2 Prozent). Im Vergleich zur BPA-Studie von 2011, in der es um die älteren Arbeitnehmer zwischen 50 und 63 Jahren ging, die sich ebenfalls mit großer Mehrheit zufrieden mit ihrer Lebenssituation äußerten,¹⁰ sind die heutigen Rentner angesichts ihrer neuen Lebensumstände noch einmal zufriedener.



¹⁰ Acht von zehn der 50- bis 63jährigen Erwerbstätigen und Arbeitslosen in der BPA-Studie „Ältere Arbeitnehmer“ (2011) waren mit ihrer derzeitigen Lebenssituation entweder zufrieden oder sehr zufrieden (80 Prozent).

Fast man die beiden Antwortkategorien „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ zusammen, findet man über die soziodemografischen Gruppen hinweg kaum Unterschiede: So gut wie immer äußern sich neun von zehn Rentnern zufrieden. Analytischen Mehrwert hat die Fokussierung auf die Ausprägung „sehr zufrieden“. Hierüber wird deutlich, wie wichtig zum einen die Gesundheit und zum anderen die Finanzausstattung, vermittelt über Bildungsgrad und frühere Tätigkeit, für die allgemeine Lebenszufriedenheit ist. Wie zu erwarten, korrespondiert eine gute gesundheitliche Konstitution mit einer höheren Lebenszufriedenheit: Rentner ohne gesundheitliche Einschränkungen sind zu 61 Prozent sehr zufrieden, mit kleineren Beschwerden sinkt der Anteil auf unter die Hälfte (45 Prozent), mit großen Gesundheitsproblemen auf 20 Prozent. Das Haushaltsnettoeinkommen zeigt keinen solchen stetigen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit, sondern weist gleichsam eine Schwelle der Zufriedenheit auf. Sie liegt bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 2.000 Euro im Monat. Rentner, die mit ihrem Einkommen unter dieser Schwelle bleiben, sind deutlich seltener sehr zufrieden (29 Prozent) als die höheren Klassen (2.000-3.000 Euro: 52 Prozent, 3.000-4.000 Euro: 46 Prozent, 4.000 Euro und mehr: 66 Prozent). Es sei daran erinnert, dass knapp die Hälfte der Zielgruppe genau dieser unteren Einkommensgruppe zuzurechnen ist.



Auch ein höherer formaler Bildungsgrad hängt mit einem positiveren Blick auf die persönliche Situation im Ruhestand zusammen. Niedriggebildete sind unterdurchschnittlich oft sehr zufrieden (37 Prozent), Höhergebildete dagegen überdurchschnittlich oft (48 Prozent). Damit zusammenhängend finden sich auch Unterschiede in Abhängigkeit von der früheren Erwerbstätigkeit. Insbesondere ehemalige Arbeiter sind seltener sehr zufrieden (32 Prozent), einstige Beamte und Selbständige dagegen häufiger als der Durchschnitt (61 bzw. 52 Prozent). Weil in Ostdeutschland die negativen Einflüsse auf die Lebenszufriedenheit quasi kumulieren – die Anteile der gesundheitlich angeschlagenen, einkommensschwachen, bildungsfernen Rentner sind

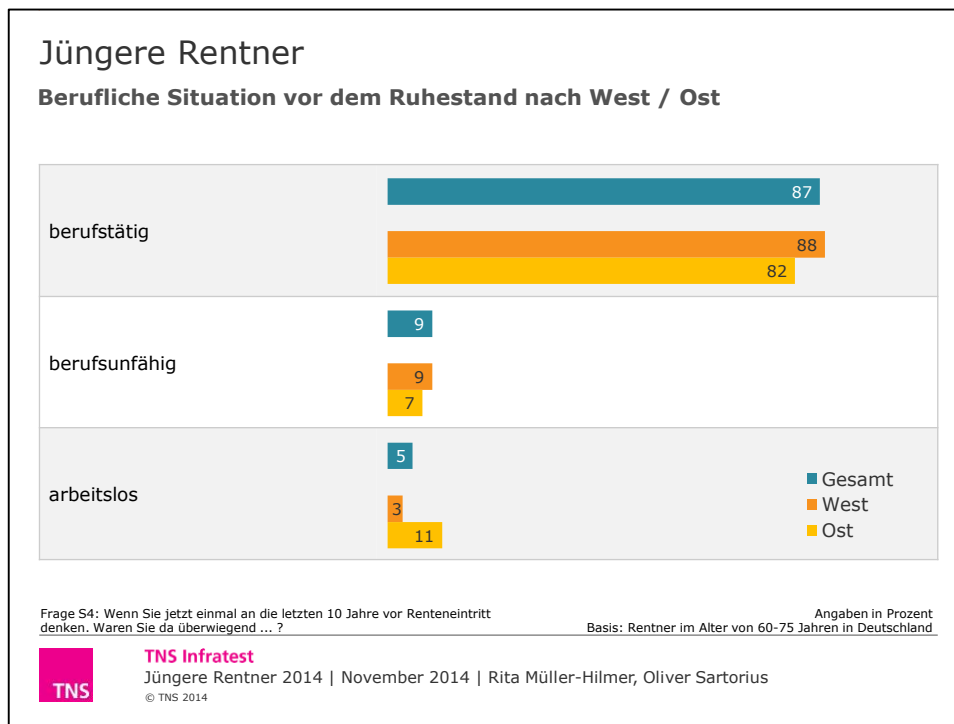
wie oben gezeigt dort jeweils höher – kann es nicht überraschen, dass es in den neuen Bundesländern weniger sehr Zufriedene gibt als im alten Bundesgebiet (27: 44 Prozent).

Von finanz-, bildungs- und gesundheitsökonomischen Aspekten abgesehen, besteht letztlich auch zwischen Rentnern mit und ohne Partner ein Zufriedenheitsgefälle (sehr zufrieden: 45 zu 32 Prozent). Dass ein Leben in Partnerschaft gerade in der Nacherwerbsphase, wenn der Fokus von der beruflichen auf die private Sphäre schwenkt, zufriedener macht als ein Ruhestand allein, ist unschwer nachzufühlen.

4 Leben im Ruhestand

4.1 Übergang in den Ruhestand

Berufliche Situation vor dem Ruhestand



Die überwiegende Mehrheit der Jungrentner war in den letzten 10 Jahren vor dem Ruhestand berufstätig (87 Prozent). Lediglich ein kleiner Teil ging aufgrund von Berufsunfähigkeit (9 Prozent) oder Arbeitslosigkeit (5 Prozent) keiner Berufstätigkeit nach.¹¹ Im Ost-West-Vergleich zeigt sich auch in der Zielgruppe der jüngeren Rentner, dass sich der Arbeitsmarkt in beiden Landesteilen hinsichtlich der Beschäftigungsrate unterschiedlich darstellt.¹² Während westdeutsche Rentner vor dem Ruhestand zu 88 Prozent berufstätig und lediglich zu 3 Prozent von Arbeitslosigkeit betroffen waren, standen von den ostdeutschen Rentnern 82 Prozent vorher in einem Arbeitsverhältnis und 11 Prozent waren arbeitslos. Die Vorruhestandssituation unterliegt zudem einem Bildungsgefälle: Während formal Höhergebildete vor dem Ruhestand zu 94 Prozent berufstätig waren, gilt das im mittleren Bildungssegment für 89 Prozent, unter Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss nur noch für 84 Prozent. Dafür ist der Anteil der vor Renteneintritt Berufsunfähigen unter formal Niedriggebildeten von allen Bildungsgruppen am größten. Das liegt auch daran, dass gerade in der unteren Bildungsschicht der Anteil der früheren Arbeiter besonders hoch ist (34 Prozent), von denen mehr als jeder Sechste vor der Rente von Berufsunfähigkeit betroffen war (16 Prozent).

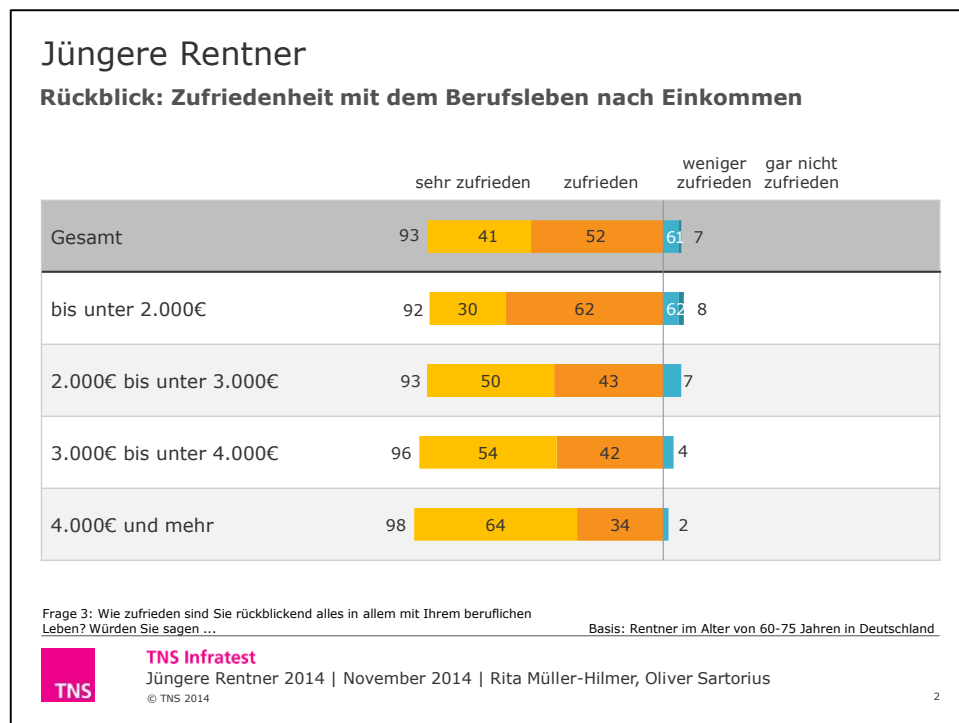
¹¹ Rentner, die in den letzten zehn Jahren vor Renteneintritt überwiegend einer Tätigkeit als Hausmann bzw. Hausfrau nachgegangen sind, blieben in der Stichprobe unberücksichtigt.

¹² Im Oktober 2014 lag die Arbeitslosenquote in Westdeutschland bei 5,6 Prozent, in Ostdeutschland bei 9,0 Prozent (Quelle: Bundesagentur für Arbeit).

Noch höher liegt der Anteil der Berufsunfähigen unter Rentnern, die mit starken gesundheitlichen Problemen zu kämpfen haben (21 Prozent und damit der höchste Anteil aller relevanten Teilgruppen).

Personen, die vor dem Renteneintritt arbeitslos oder berufsunfähig waren, sind auch in der Rente überdurchschnittlich häufig von akuter Finanznot bedroht: Hier leben 22 Prozent von weniger als 1.000 Euro im Monat (in der Zielgruppe insgesamt sind es nur 7 Prozent). Ausgehend von der Überlegung, dass die ökonomische Ausstattung auch im Alter Lebenschancen und Teilhabe beeinflusst, droht solche finanzielle Knappheit zu einer Kategorie sozialer Ungleichheit zu werden.

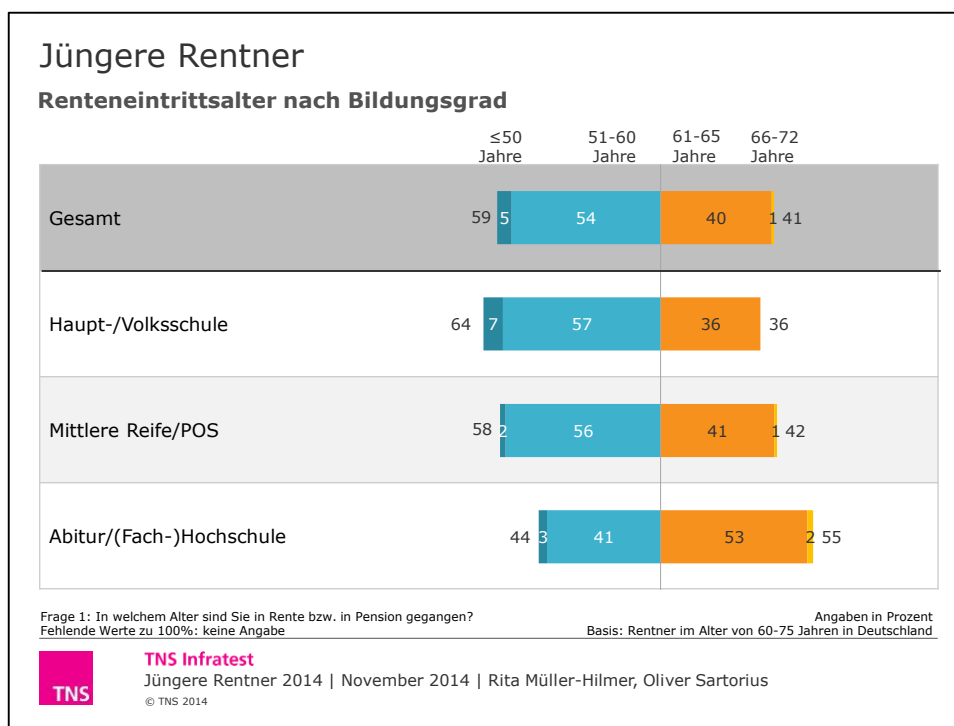
In der Rückschau auf ihr berufliches Leben sehen die Rentner keinen Grund zur Klage. Mehr als neun von Zehn sind mit ihrer Berufsbiographie sehr zufrieden (41 Prozent) bzw. zufrieden (52 Prozent). Nur jeder Fünfzehnte findet Grund zur Beanstandung (7 Prozent). Eine maßgebende Kategorie in der individuellen retrospektiven Bewertung des Berufsverlaufs ist sicherlich die monetäre. Insofern verwundert es nicht, dass der Anteil der besonders Zufriedenen mit dem Haushaltseinkommen steigt und sich von der untersten (30 Prozent) bis zur obersten (64 Prozent) Einkommensklasse mehr als verdoppelt. Ebenso zeigt sich mit den einstigen Beamten gerade diejenige Berufsgruppe ausnehmend zufrieden (61 Prozent), deren Kapitalstock dank Pensionszahlungen am größten ist. Überdurchschnittlich kritisch blicken die jungen Rentner in Ostdeutschland zurück (14 Prozent), deren Erwerbsbiographien schon allein standortbedingt stärker von Arbeitslosigkeit durchsetzt sind als im westlichen Bundesgebiet und in deren Bewertung vermutlich auch das zu ihren Ungunsten neigende Ost-West-Lohngefälle einfließt.



Tatsächliches Renteneintrittsalter

Der Gesetzgeber hat das hiesige gesetzliche Renteneintrittsalter für Männer und Frauen seit 2012 auf das vollendete 67. Lebensjahr festgelegt. Das vorgeschriebene Rentenalter variiert jedoch in Abhängigkeit des Geburtsjahrgangs: Für Personen, die vor 1947 geboren wurden, liegt die Regelaltersgrenze bei 65 Jahren, für die Jahrgänge ab 1947 erfolgt eine stufenweise Anpassung in Monatsschritten.¹³ Für die Zielgruppe der jungen Rentner von 60 bis 75 Jahren kann deshalb keine für alle Personen identische Regelaltersgrenze bestimmt werden. Eingedenk einer Spanne der Geburtsjahrgänge von ca. 1939 bis ca. 1954 unterscheidet sich das gesetzlich festgelegte Renteneintrittsalter der jungen Rentner aber lediglich marginal und kann auf 65 Jahren plus gegebenenfalls einige Monate festgesetzt werden.

Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt jedoch deutlich unter der gesetzlichen Altersgrenze. Die Mehrheit der Rentner setzte sich bis zum Alter von 60 Jahren zur Ruhe (59 Prozent) – darunter subsumieren sich auch diejenigen 5 Prozent, die eine Verrentung mit 50 Jahren und jünger aufweisen. Zwischen 61 und 65 Jahren gingen weitere 40 Prozent in den Ruhestand, ein späterer Renteneintritt mit über 66 Jahren bleibt die absolute Ausnahme (1 Prozent).



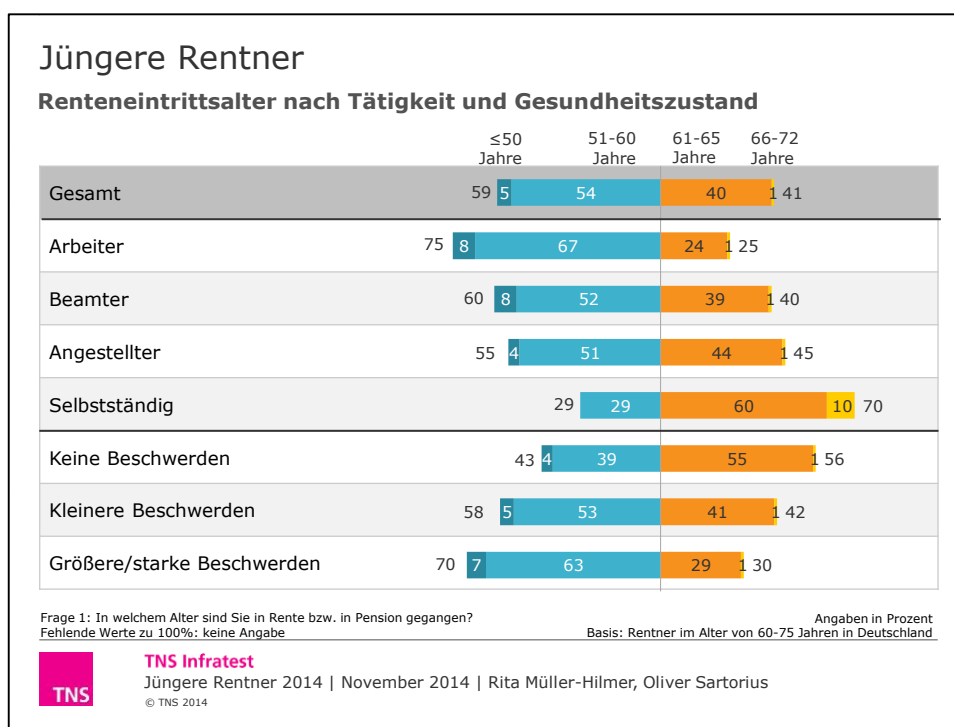
Das Renteneintrittsalter ist dabei eine unmittelbare Funktion des Bildungsniveaus: Je höher der Bildungsgrad der Rentner, desto später schieden sie aus dem Beruf aus. Während die Mehrzahl der formal Höhergebildeten (55 Prozent) erst nach dem 60. Lebensjahr und damit vergleichsweise spät in Rente oder Pension ging, trifft das auf Personen mit mittlerem (42 Prozent) und einfachem (36 Prozent) Bildungsstatus deutlich seltener zu. Angesichts von Bildungskosten vornehmlich in Form von Opportunitätskosten ist für Höhergebildete der längere Verbleib im Beruf eine rationale

¹³ Vgl. § 35 Satz 2 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch und § 235 Abs. 2 Satz 1 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch.

Strategie, um über die Zeitebene den individuellen Bildungsnutzen zu maximieren und möglichst große Bildungserträge zu generieren.

Darüber hinaus scheinen Berufsbilder, die oftmals mit körperlichen Belastungen einhergehen, einen früheren Berufsausstieg zu erzwingen: Drei Viertel der ehemaligen Arbeiter zogen sich bis zum 50. Lebensjahr (8 Prozent) bzw. bis zum 60. Lebensjahr (67 Prozent) aus dem Erwerbsleben zurück. Unter einstigen Angestellten und Beamten sind die Anteile der Frühaussteiger dagegen deutlich niedriger. Und vormalige Selbstständige kehrten ihrem Beruf besonders spät den Rücken. Hier setzten sich sieben von zehn erst nach dem 60. Lebensjahr zur Ruhe (70 Prozent). Die Frage, ob dies in erster Linie ökonomischen Sachzwängen, einem größerem Verantwortungsbewusstsein gegenüber der oftmals eigens aufgebauten Firma oder schlicht der Freude an ihrer Tätigkeit geschuldet ist, muss an dieser Stelle unbeantwortet bleiben.

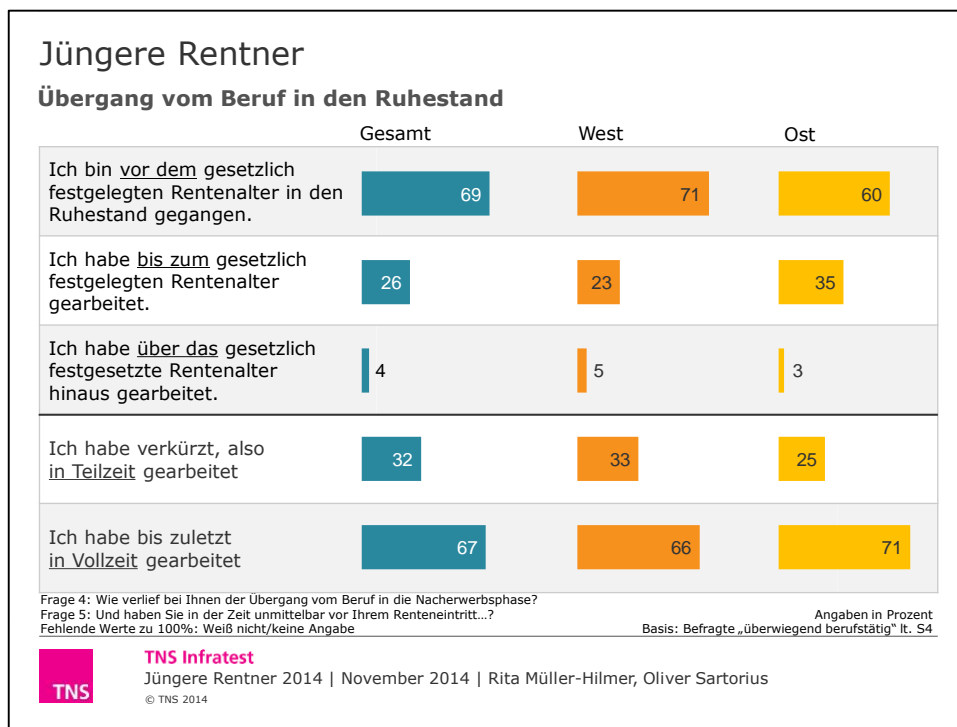
Schließlich beeinflusst die gesundheitliche Konstitution den Zeitpunkt der Verrentung in starkem Maße: Bei Rentnern ohne Gesundheitsbeschwerden liegt der Anteil derer, die bereits vor Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand gingen bei lediglich 43 Prozent. Personen, die (aktuell) von größeren oder sogar starken gesundheitlichen Beeinträchtigungen berichten, mussten sich dagegen wesentlich häufiger frühzeitig aus dem Erwerbsleben verabschieden (70 Prozent).



Übergangsphase in den Ruhestand

Wie die Zahlen zum tatsächlichen Renteneintrittsalter vermuten lassen, war die große Mehrheit der vormaligen erwerbstätigen Rentner nicht bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze berufstätig, sondern schied bereits davor aus dem Berufsleben aus (69 Prozent). Über eine Erwerbsbiographie bis zum

Erreichen der Regelaltersgrenze verfügt dagegen nur gut jeder vierte junge Rentner (26 Prozent), eine kleine Gruppe blieb auch darüber hinaus beruflich tätig (4 Prozent). Des Weiteren haben zwei Drittel der ehemals Berufstätigen vor dem Renteneintritt in Vollzeit gearbeitet (67 Prozent), ein Drittel befand sich in einer Teilzeitbeschäftigung (32 Prozent). In der Tendenz zeigen sich diese Verteilungen auch für West- und für Ostdeutschland. Sie unterscheiden sich aber im jeweiligen Grad der Ausprägungen, denn die ostdeutschen Jungrentner waren eher bis zur Regelaltersgrenze (35:23 Prozent) und stärker in Vollzeit (71:66 Prozent) beschäftigt als die westdeutschen Rentner.¹⁴ Auf Arbeitnehmer im Osten scheint also tatsächlich ein größerer finanzieller Druck zu lasten. Obwohl sie in der Tendenz länger und häufiger in Vollzeit arbeiteten als ihre Altersgenossen im Westen Deutschlands, liegt ihr durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen deutlich unter dem Niveau in den alten Bundesländern (siehe Abschnitt 3.3). Eine Frühverrentung dürfte für sie also häufig in erster Linie aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht in Frage gekommen sein.



Ein Geschlechterdifferential liegt hinsichtlich des Beschäftigungsausstiegs nicht vor, sehr wohl aber bezüglich des Tätigkeitsumfangs: Vier von zehn Frauen arbeiteten vor der Rente in Teilzeit (40 Prozent), aber nur 23 Prozent der Männer. Gleichzeitig ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten unter Personen mit Kindern (rund ein Drittel) deutlich größer als bei Kinderlosen (20 Prozent). Es zeigt sich augenscheinlich noch im späteren Alter, dass es häufig die Frauen sind, die für Kinder (und gegebenenfalls Enkel) beruflich kürzer treten und auch im fortgeschrittenen Alter den Schritt zurück zur Vollzeitbeschäftigung entweder nicht machen wollten oder konnten.

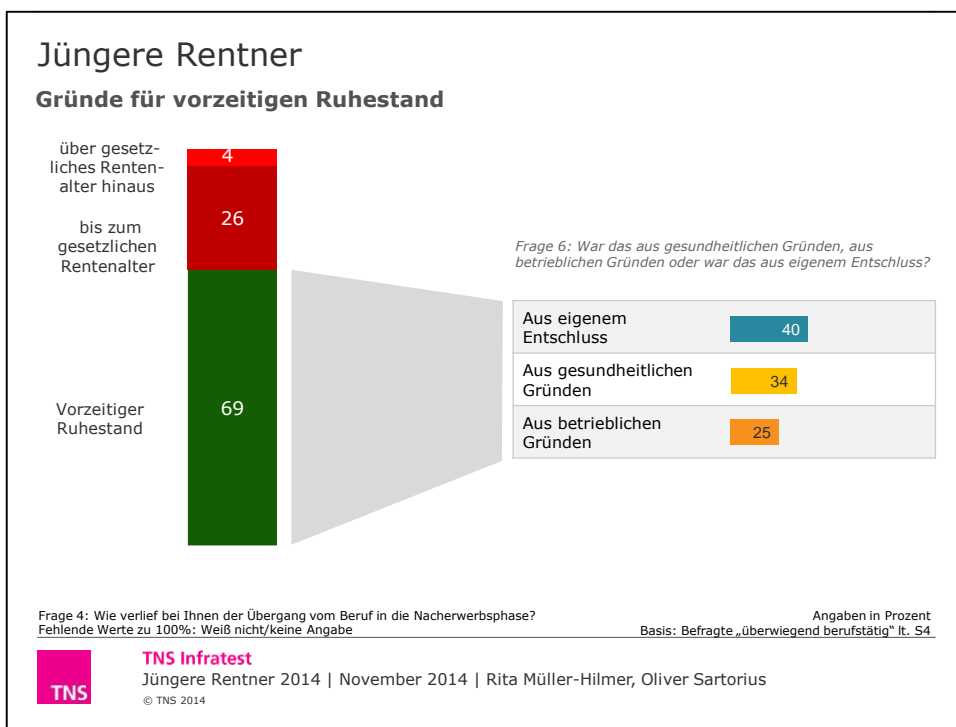
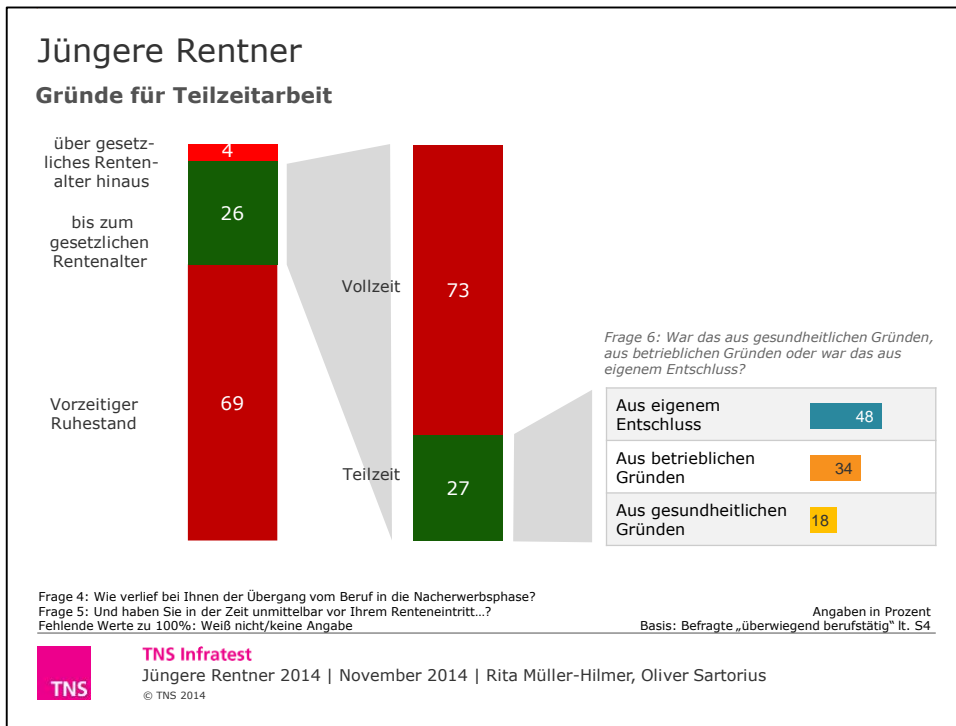
¹⁴ Die Frage nach dem Übergang in den Ruhestand wurde allerdings nur denjenigen Befragten gestellt, die in den letzten 10 Jahren vor Renteneintritt berufstätig waren. Befragte, die in diesem Zeitraum überwiegend arbeitslos waren, gibt es in Ostdeutschland deutlich mehr als in Westdeutschland (11% vs. 3%). An diesen Personenkreis wurde die Frage aber nicht gestellt.

Unter allen Senioren, die vor dem Ruhestand Teilzeitarbeit leisteten, gibt knapp die Hälfte an, sich freiwillig zu der Arbeitszeitverkürzung entschieden zu haben (48 Prozent). Auch diejenigen, die vorzeitig ganz aus dem Beruf ausschieden, machten das mehrheitlich aus eigenem Entschluss, wenn auch auf niedrigerem Niveau (40 Prozent). Während jedoch für die Frühverrentung ein Drittel gesundheitliche Gründe geltend macht (34 Prozent) und sich ein weiteres Viertel betriebsbedingt zum frühen Ausscheiden gezwungen sah (25 Prozent), lagen die Gründe für Teilzeit eher in betrieblichen Abläufen (34 Prozent) als in Gesundheitsbeschwerden (18 Prozent). Es scheint, als führten Krankheit eher zu vorzeitigem Ruhestand als nur zu einer Reduzierung des Arbeitsvolumens und unternehmerische Zwänge eher zu Teilzeitarbeit als zu Demission.

Die Freiheit, selbst über einen vorzeitigen Ruhestand zu entscheiden und nicht Getriebener von Gesundheits- oder Unternehmensüberlegungen zu sein, wächst mit dem Einkommen: In der untersten Einkommensgruppe geben nur drei von zehn Frührentnern an, sich aus eigenem Entschluss zurückgezogen zu haben (29 Prozent), im obersten Einkommenssegment äußern sich sechs von Zehn entsprechend (61 Prozent). Größere finanzielle Unabhängigkeit relativiert die bei einer Frühverrentung zu erwarteten Rentenabschläge und erleichtert offenkundig die Entscheidung zum Abschied. Auffällig ist zudem, dass der Anteil der „erzwungenen“ Frühverrentung aus betrieblichen Gründen im Osten mit 35 Prozent wesentlich höher liegt als im Westen (22 Prozent). Hier spiegeln sich die durch den Zusammenbruch der DDR entstandenen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt wohl auch in den Erwerbsbiografien vieler Zielpersonen wider.

Interessanterweise geben mehr als die Hälfte der ehemaligen Beamten an, aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus ihrem Beruf ausgeschieden zu sein (53 Prozent; +19%-Punkte im Vergleich zu Gesamt). Aufschluss über mögliche Gründe dafür gibt die BPA-Studie von 2011 mit der Zielgruppe der 50- bis 63jährigen Arbeitnehmer. Dort waren es nämlich gerade die Beamten, die überdurchschnittlich oft psychische Probleme aufwiesen oder sich in ihrer Tätigkeit überfordert fühlten,¹⁵ wovon sie nach der Pensionierung befreit waren.

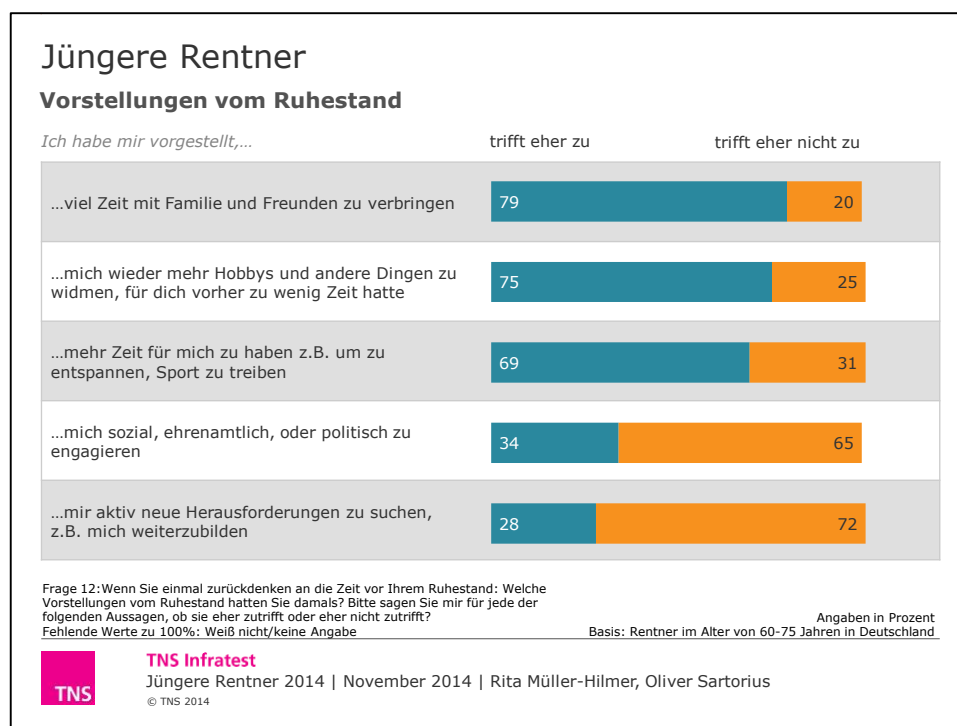
¹⁵ In der BPA-Studie „Ältere Arbeitnehmer“ (2011) glaubten Beamte zu 20 Prozent aus psychischen Gründen und zu 17 Prozent aus dem Gefühl der Überforderung heraus *nicht*, ihren Beruf bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter ausüben zu können.



4.2 Frühere Vorstellungen vom Ruhestand und heutiger Alltag

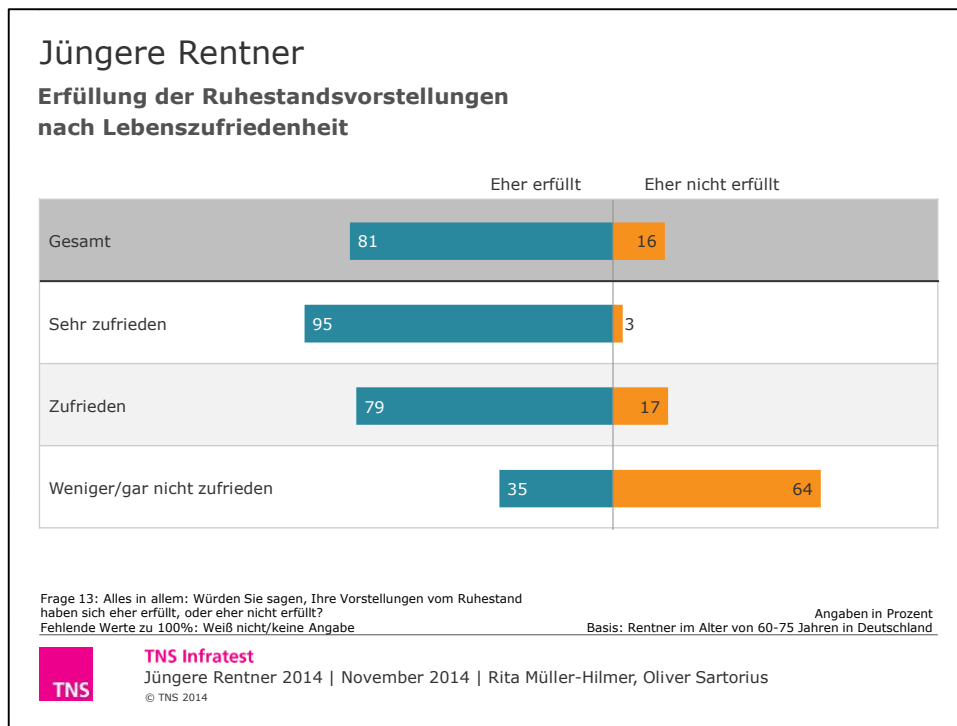
Der Ruhestand bringt naturgemäß neue Freiheitsgrade und ein erhöhtes Maß an Zeitautonomie mit sich. Vor dem Ruhestand hatten die heutigen Senioren eindeutige Vorstellungen davon, wie sie den Zugewinn an arbeitsfreier Zeit füllen wollten. Die Intensivierung bislang vernachlässigter Tätigkeiten spielte dabei gedanklich eine wichtigere Rolle als die Verwirklichung ganz neuer Vorhaben. So hatten sich acht von zehn Jungrentnern vorgestellt, im Ruhestand viel Zeit mit ihrer Familie und ihren Freunden zu verbringen (79 Prozent). Drei Viertel wollten sich wieder vermehrt solchen Aktivitäten widmen, für die während des Erwerbslebens zu wenig Zeit blieb, wie beispielsweise ihren Hobbys (75 Prozent). Sieben von Zehn erhofften sich, mehr Zeit für sich selbst zu haben (69 Prozent). Spürbar seltener malten sich die heutigen Rentner früher aus, sich im Ruhestand sozial, ehrenamtlich oder politisch zu engagieren (34 Prozent) oder sich aktiv neuen Herausforderungen zuzuwenden (28 Prozent).

Rentner mit höherer formaler Bildung – und damit einhergehend mit einem höheren Einkommen – nahmen sich vor Eintritt in den Ruhestand überdurchschnittlich häufig Aktivitäten vor, die nach einem großen persönlichen Engagement verlangen: Das gilt zum einen für den Wunsch, sich sozial oder politisch zu engagieren bzw. ein Ehrenamt auszuüben, vor allem aber für die aktive Suche nach neuen Herausforderungen, zum Beispiel in Form von Weiterbildung.



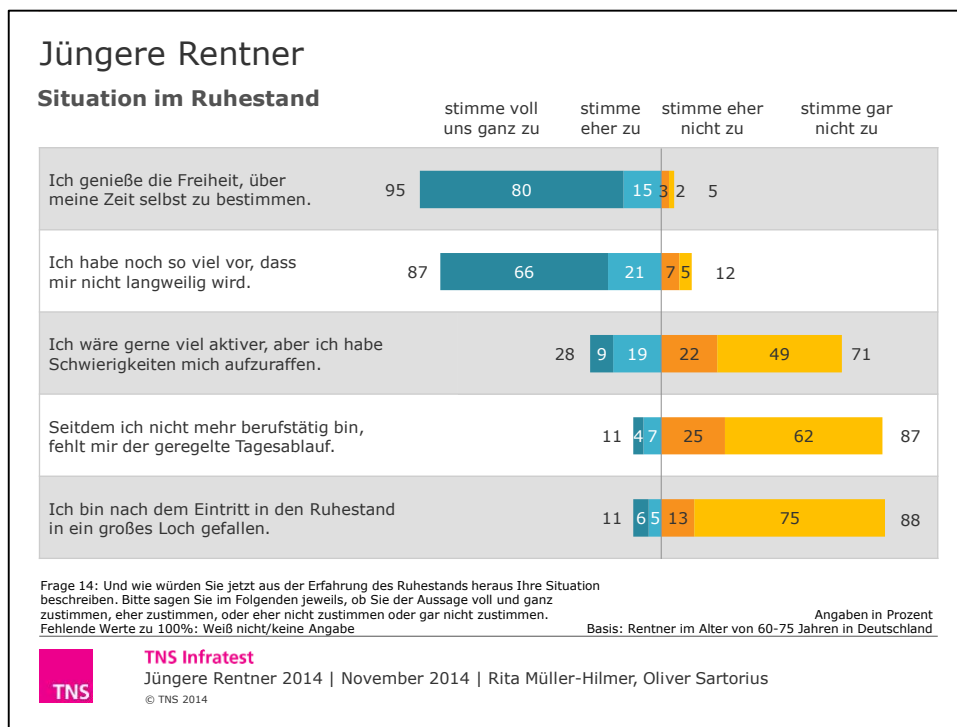
Nach Ansicht von acht von zehn Rentnern haben sich ihre Vorstellungen vom Ruhestand erfüllt (81 Prozent), für 16 Prozent trifft das nicht zu. Wiederum sind es die Gruppe der finanziell schlecht ausgestatteten Rentner (23 Prozent) und damit zusammenhängend die ostdeutschen Rentner (20 Prozent), die früheren Arbeiter (22 Prozent), Arbeitslosen und Berufsunfähigen (37 Prozent), deren Lebenswirklichkeit relativ am stärksten von den früher geäußerten Rentenplänen abweicht. Gesundheitlich stark beeinträchtigte Rentner hatten vor dem Ruhestand hinsichtlich solcher

Aktivitäten, die wie das Sport treiben oder die Ausübung anderer Hobbys eher körperlich anspruchsvoll sind, noch ähnliche Vorstellungen wie die fitteren Rentner. Umso höher liegt in jener Gruppe die Nichterfüllungsquote (26 Prozent) im Vergleich zu Gesunden und Personen mit nur leichten Beschwerden (je 11 Prozent). Hier ist die Ernüchterung ob der verhinderten Umsetzung der Pläne wohl vergleichsweise groß. Rentner in der jüngsten Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen trauen sich besonders häufig noch keine abschließende Bewertung hinsichtlich des Erfüllungsgrades zu (weiß nicht: 12 Prozent). Dafür sind sie wohl häufig noch nicht lange genug im Ruhestand. Wenig überraschend korreliert das Ausmaß, zu dem sich die früheren Vorstellungen realisiert haben, stark mit der Lebenszufriedenheit der Zielpersonen. Die Erwartungen von Senioren, die sich sehr zufrieden mit ihrer derzeitigen Situation zeigen, haben sich zu 95 Prozent erfüllt. Befragte, die ein hohes Maß an Unzufriedenheit äußern, konnten dagegen äußerst selten ihre Pläne in die Tat umsetzen. Sie sind die einzige Gruppe, bei der sich die Erwartungen mehrheitlich nicht erfüllt haben (35:64 Prozent).



Der große Mehrwert des Ruhestands liegt in der gesteigerten Selbstbestimmung. Nahezu jeder Jungrentner genießt die neue Freiheit, über seine Zeit nun eigenständig entscheiden zu können (95 Prozent). Acht von Zehn stehen sogar voll und ganz hinter der Aussage. Der Freiheitsgewinn wird auf diesem hohen Niveau quer durch alle Bevölkerungsgruppen anerkannt. Selbst die Rentner, die vor dem Ruhestand nicht berufstätig oder nur in Teilzeit gearbeitet haben und deren Zeitbudget somit schon damals weniger stark eingeschränkt war, stimmen dem zu weit über 90 Prozent zu. Entsprechend trauert unter allen Rentnern auch nur jeder Zehnte dem geregelten Tagesablauf während des Berufslebens nach (11 Prozent) – ein Anteil, der sich über fast alle Teilgruppen erstreckt. Lediglich Personen mit starken gesundheitlichen Problemen (20 Prozent) und vor dem Ruhestand Arbeitslose bzw. Berufsunfähige (21 Prozent) vermissen die geordneten Strukturen des Erwerbslebens überdurchschnittlich stark, mussten sie doch schon vor dem Eintritt in die Rente besonders häufig auf diese verzichten.

Knapp neun von zehn Rentnern sind voller Ideen, wie die neuen Freiheitsgrade genutzt werden können, so dass sie nicht Gefahr laufen, der Langeweile anheim zu fallen (87 Prozent). Das gilt auf der Ebene des Pläneschmiedens für die Jüngeren der Zielgruppe ebenso wie für die Senioren über 70 Jahre. Von dem Tatendrang zu unterscheiden ist die effektive Umsetzung. So klagen 28 Prozent, dass sie ihren Ruhestand gerne aktiver gestalten würden, ihnen jedoch der Antrieb fehlt, sich dazu aufzuraffen. Angesichts zunehmender Gebrechlichkeit steigen mit dem Alter trotz nach wie vor vorhandener Ideen die Schwierigkeiten, tatsächlich aktiv zu werden und die Pläne in die Tat umzusetzen: So stimmen nur 19 Prozent der jüngsten Altersgruppe dieser Aussage zu, bei den Ältesten sind es dagegen 30 Prozent. Auch Krankheit steht dem Aktivsein häufig im Weg (48 Prozent), wobei dafür weniger Motivationsprobleme sondern vielmehr die körperlichen Leistungsdefizite verantwortlich sein dürften. Überdurchschnittlich häufig klagen zudem Senioren in den neuen Bundesländern über Lethargie (37 Prozent).



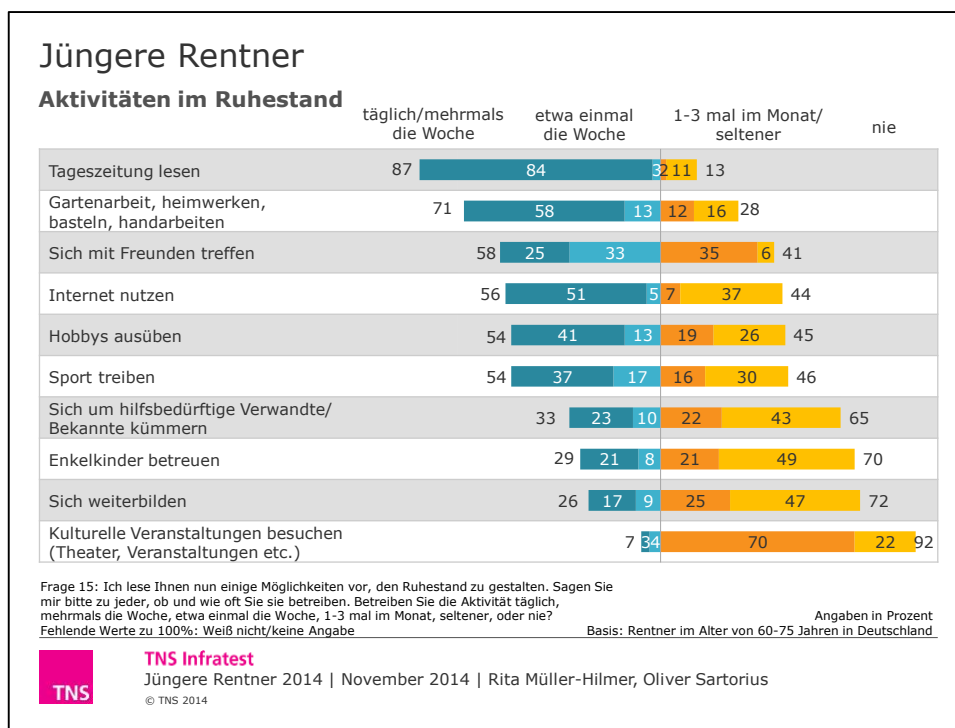
Nur etwa jeder Zehnte gibt an, nach dem Renteneintritt in ein großes Loch gefallen zu sein (11 Prozent). Angesichts der vielen Vorhaben der Jungrentner überrascht es nicht, dass diese oftmals beschworene Negativfolge des Ruhestands von drei Vierteln sogar ausdrücklich verneint wird. Und es passt auch ins Bild, dass mit den Ostdeutschen und gesundheitlich Angeschlagenen gerade diejenigen Rentnergruppen häufiger über das Nacherwerbs-Tief klagen, die sich seltener zu Aktivitäten aufraffen können.

Eine Rentnergruppe sei an dieser Stelle explizit ausgenommen, unterscheidet sich ihr Umgang mit der Ruhestandssituation doch signifikant von dem anderer Rentner. Senioren, die mit ihrem derzeitigen Leben als Rentner unzufrieden sind, weichen in allen abgefragten Kategorien vom Durchschnitt ab: Sie schätzen die Selbstbestimmung etwas weniger, haben spürbar häufiger Langeweile, können sich deutlich seltener überhaupt zu Aktivitäten motivieren, sehnen sich stärker nach geregelten Tagesstrukturen und klagen häufiger über ein mentales „Nacherwerbsloch“.

4.3 Aktivitäten im Ruhestand

Allgemeine Tätigkeiten

Die Ruhestandsaktivitäten der jungen Rentner lassen sich grob in Beschäftigungen zum eigenen Zeitvertreib und in altruistisches Engagement unterteilen, wobei den abgefragten Varianten des Einsatzes für andere insgesamt ein geringerer Stellenwert zukommt.

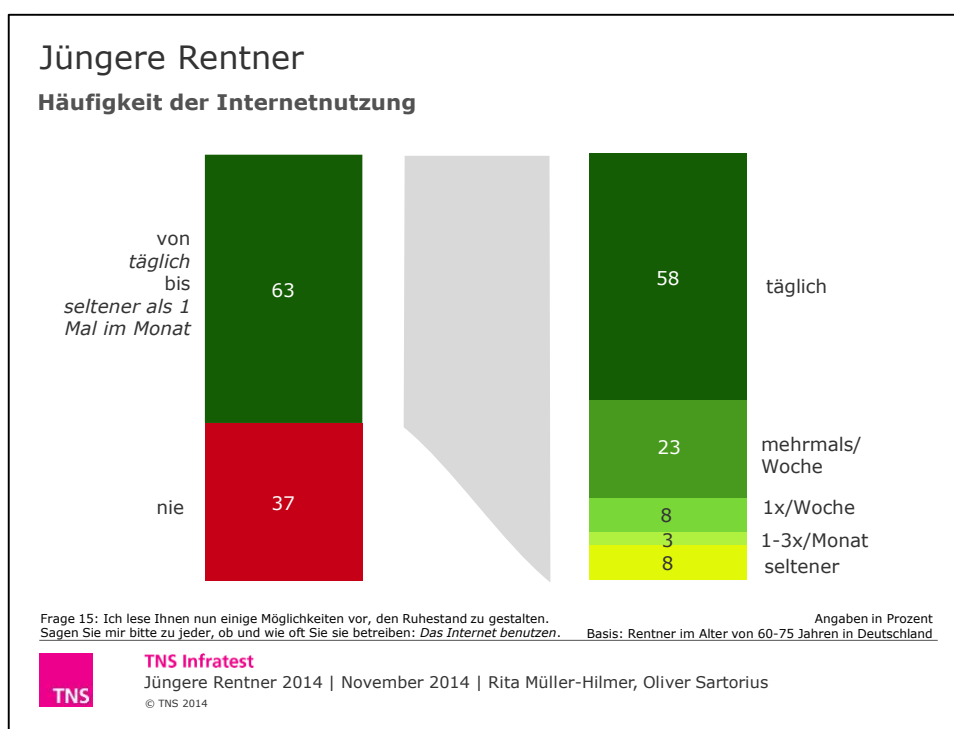


Die jungen Rentner nutzen die neu gewonnene Freizeit im Ruhestand häufig, um zu lesen. 87 Prozent widmen sich einmal oder mehrmals in der Woche, davon 79 Prozent sogar täglich der aktuellen Tageszeitung. Ebenfalls beliebt und daher von jeweils mehr als der Hälfte der Rentner mindestens einmal in der Woche ausgeübt werden praktische Tätigkeiten wie Garten-, Handwerker-, Heim- und Bastelarbeiten (71 Prozent), genauso wie die Pflege weiterer Hobbys oder sportliche Aktivitäten (je 54 Prozent). Die Pflege sozialer Kontakte hat ebenfalls eine große Bedeutung: 58 Prozent treffen sich mindestens einmal pro Woche mit Freunden. Frühere Arbeitslosigkeit oder Berufsunfähigkeit scheint dabei gesellschaftlich zu isolieren, denn in dieser Rentnergruppe hat ein Drittel nur selten oder nie persönlichen Kontakt zu Freunden (33 Prozent). Nachrangigen Stellenwert besitzt die Weiterbildung, der jeweils ein Viertel mindestens einmal pro Woche (26 Prozent) nachgeht. Fast die Hälfte (47 Prozent) wendet dafür gar keine Zeit auf. Erinnerung sei an dieser Stelle daran, dass sich aber auch nur eine Minderheit vor dem Ruhestand vorgestellt hatte, sich in der Rente weiterbilden zu wollen. Kulturellen Veranstaltungen schließlich ist zu eigen, dass ihre Nachfrage auch vom Angebot abhängt. Insofern überrascht es nicht, dass der Großteil der die Senioren Theatervorstellungen oder Ausstellungen nur sporadisch, also ein- bis dreimal im Monat oder seltener besuchen (70 Prozent).

Was den Einsatz für andere Menschen anbelangt, spielt das private Umfeld eine wichtigere Rolle als gesellschaftliches Engagement. Ein Drittel der Rentner kümmert sich mindestens einmal pro Woche um Freunde oder Bekannte, die auf Hilfe angewiesen sind (33 Prozent), drei von Zehn betreuen ihre Enkelkinder regelmäßig (29 Prozent). Beide Aufgaben werden von Frauen (39 bzw. 31 Prozent) etwas häufiger übernommen als von Männern (28 bzw. 26 Prozent) und vor allem von jüngeren Rentnern (60-64 Jahre: jeweils 42 Prozent) häufiger als von den Älteren (70-75 Jahre: 31 bzw. 23 Prozent). Letzteres kann wohl insbesondere darauf zurückgeführt werden, dass man mit zunehmendem Alter selbst weniger in der Lage ist, sich um andere zu kümmern. Bei der Betreuung des Nachwuchses kann außerdem eine Rolle spielen, dass die Enkelkinder der älteren Zielpersonen oftmals schon alt genug sind, um nicht mehr intensiv betreut werden zu müssen.

Erneut sind es vor allem Senioren mit formal höherer Bildung, die sich bei einigen Tätigkeiten überdurchschnittlich aktiv zeigen. Das gilt wenig überraschend für die Nutzung von Weiterbildungsangeboten (+15 %-Punkte im Vergleich zu Gesamt) und dem Besuch kultureller Veranstaltungen (+12%-Punkte). Diese Gruppe treibt aber auch häufiger Sport als der Durchschnitt der Befragten (+18%-Punkte), was zu dem Befund passt, dass Höhergebildete auch weniger gesundheitliche Beschwerden aufweisen (vgl. Abschnitt 3.2).

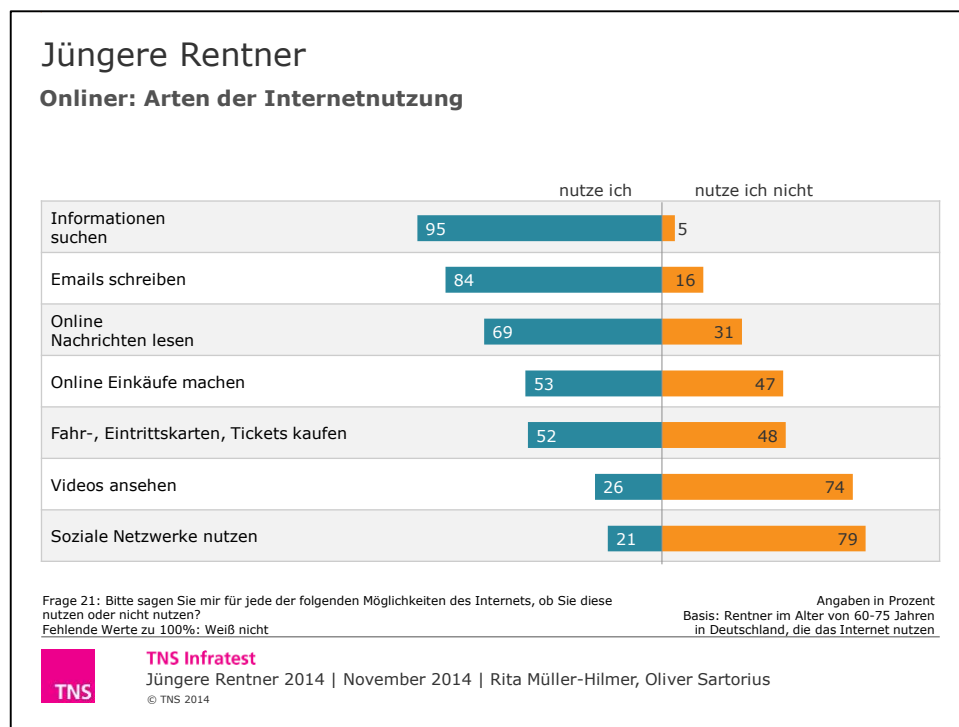
Internetnutzung



Der Internetnutzung gilt im Rahmen der Studie ein besonderes Augenmerk, schließlich entstammt die Zielgruppe einer Generation, die nicht mit digitalen Medien aufgewachsen, sondern an analoge Routinen im Alltag gewöhnt ist. Dennoch bestehen nur wenige Berührungspunkte zu dem vergleichsweise jungen Medium. Knapp zwei Drittel der Rentner sind online (63 Prozent) und

zählen damit zu den so genannten „Silversurfern“. Gänzliche Internetabstinenz attestieren sich aber immer noch 37 Prozent der Zielgruppe. Der Digitalisierungsgrad der Rentner und damit die Teilhabe an der digitalen Lebenswelt hängen stark vom Bildungsgrad und Einkommen ab: Je höher die formale Bildung und das Haushaltseinkommen, desto größer ist der Anteil netzaffiner Senioren. Diese strukturelle Benachteiligung ist keine Besonderheit der Zielgruppe, sondern gilt ebenso für die Gesamtbevölkerung in Deutschland.¹⁶ Interessant ist des Weiteren, dass es eine Altersschwelle gibt, mit der die Internetnutzung spürbar nachlässt. Während bei den unter 70-Jährigen der Anteil der Silversurfer bei über 70 Prozent liegt, nutzen nur 55 Prozent der 70- bis 75-Jährigen das Internet. Eine solche Hürde konnte auch der (N)ONLINER Atlas 2014 aufzeigen.¹⁷ Ein Grund für die Existenz dieser Altersschwelle liegt sicher darin, dass viele der jüngeren Rentner den Umgang mit dem Medium noch im Beruf kennengelernt haben, die Generation 70+ aber oftmals bereits vor der digitalen Revolution der Arbeitswelt aus dem Berufsleben ausgeschieden ist.

Für die „Silversurfer“ ist das Medium jedoch bereits eine Selbstverständlichkeit geworden: Weit über die Hälfte der Onliner nutzt das Internet täglich (58 Prozent), ein knappes Viertel mehrmals die Woche (23 Prozent), weitere 8 Prozent etwa einmal in der Woche. Damit gehört das Internet für neun von zehn Silversurfern zum Alltag.



Die Onliner nutzen das Internet besonders häufig zu Informations- und Kommunikationszwecken: Nahezu jeder beschafft sich im Netz Inhalte und Informationen (95 Prozent), ein großer Teil kommuniziert per Email (84 Prozent), über drei Viertel lesen Nachrichten online (69 Prozent). Die

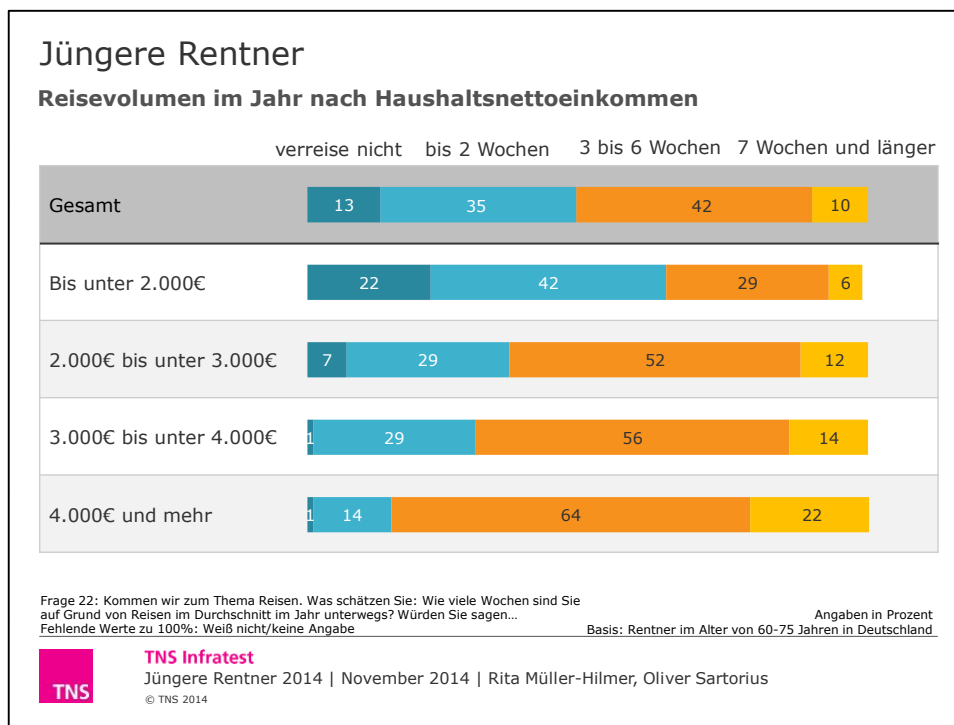
¹⁶ Vgl. (N)ONLINER Atlas 2014, als PDF-Download abrufbar unter http://www.initiatived21.de/wp-content/uploads/2014/11/141107_digitalindex_WEB_FINAL.pdf.

¹⁷ Laut (N)ONLINER Atlas 2014 sind 64,5 Prozent der 60- bis 69jährigen online. Für Ältere weist der Atlas nur die Sammelkategorie „70+“ aus. In dieser Generation 70+ sinkt der Anteil der Internetnutzer dann rapide auf 29,4 Prozent.

Möglichkeiten des Online-Shoppings nehmen über die Hälfte der surfenden Senioren in Anspruch, sei es für den Kauf von Fahr- oder Eintrittskarten (52 Prozent) oder für sonstige Einkäufe (53 Prozent). Vergleichsweise Wenige sehen sich im Internet Videos an (26 Prozent) oder bewegen sich in den sozialen Netzwerken (21 Prozent).

Reisen

Die meisten Jungrentner nutzen die Freiheiten des Ruhestands auch, um zu reisen. Kürzere Abwesenheiten von in der Summe bis zu eineinhalb Monaten sind dabei die Regel: Ein Drittel verreist bis zu zwei Wochen im Jahr (35 Prozent), weitere vier von zehn sind zwischen drei und sechs Wochen im Jahr unterwegs (42 Prozent). Immerhin jeder Zehnte bringt es über das Jahr auf eine Reisedauer von sieben Wochen oder mehr (10 Prozent). Lediglich 13 Prozent geben an, gar nicht zu reisen. Reisen im Alter setzt natürlich entsprechende finanzielle Mittel voraus, weswegen sowohl die Möglichkeit, überhaupt zu verreisen, als auch die Dauer der Reisen positiv mit einem höheren Einkommen korreliert. Personen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.000 Euro sind spürbar häufiger gar nicht unterwegs (22 Prozent), und wenn, dann kommen sie in der Jahressumme überdurchschnittlich häufig auf kürzere Abwesenheiten von bis zu zwei Wochen (42 Prozent). Personen in den oberen Einkommenssegmenten dagegen können es sich leisten, mehr Geld in Reisen zu investieren, gegebenenfalls zudem weitere Reisen zu unternehmen, die dann auch länger dauern können. Der Anteil an Reisevolumen von mehr als sieben Wochen liegt bei Personen der obersten Einkommensklasse dreieinhalb Mal höher als in der untersten Einkommensgruppe (22 Prozent vs. 6 Prozent).

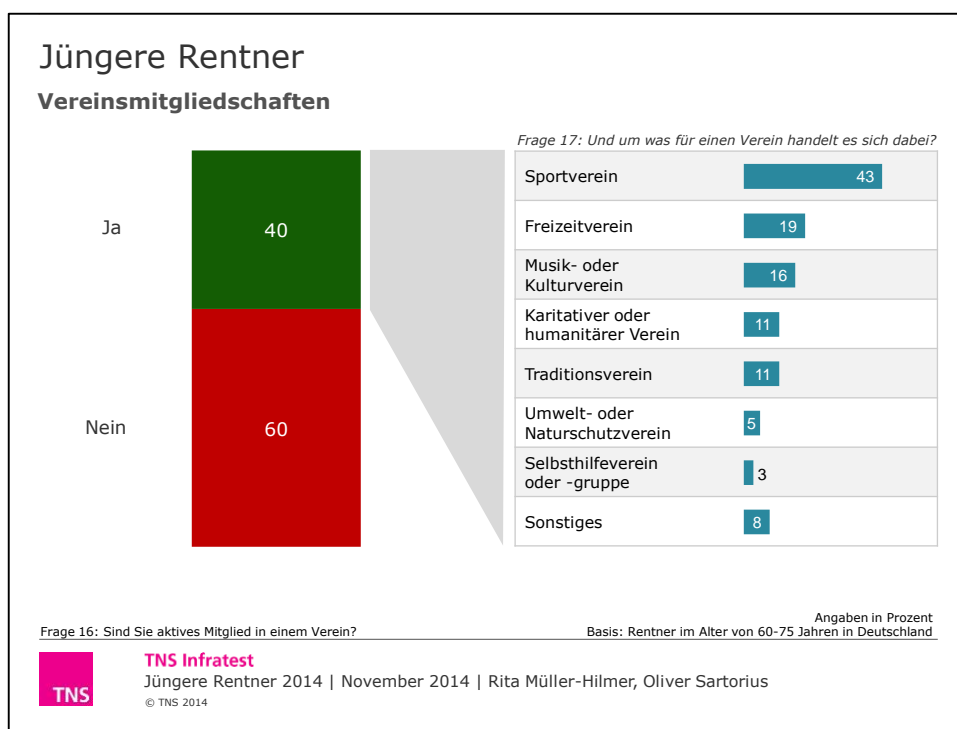


Mangels finanzieller Möglichkeiten verreisen frühere Arbeiter, ehemalige Arbeitslose und Berufsunfähige häufiger nur kurz oder gar nicht. Das gilt aus nachvollziehbaren Gründen auch für

Personen mit starken gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Zudem beeinflusst auch Partnerschaft die Reiseintensität: Mit dem Partner fehlt wohl oftmals auch die Reiselust, so dass Alleinstehende seltener auf Reisen gehen.

Aktive Mitgliedschaft in Vereinen

Eine weitere Möglichkeit der Ruhestandsgestaltung ist die Vereinsarbeit. Aktive Vereinsmitglieder sind in der Zielgruppe in der Minderheit (40 Prozent), sechs von Zehn sind entweder nicht in einem Verein organisiert oder können zumindest nur auf eine passive Mitgliedschaft verweisen (60 Prozent). Im Westen ist Vereinstätigkeit etwas stärker verbreitet als im Osten (42:33 Prozent). Unter den Aktiven stehen vor allem die Sportvereine hoch im Kurs: 43 Prozent geben an, sich in solchen zu engagieren. Jeder Fünfte ist Mitglied in einem Freizeitverein wie den Kleingärtnern oder Tierzüchtern (19 Prozent), jeder Sechste ist in Musik- oder Kulturvereinen aktiv (16 Prozent). Jeweils jeder Neunte gibt eine Mitgliedschaft in karitativen Zusammenschlüssen oder in traditionellen Bürger- oder Heimatvereinen an (jeweils 11 Prozent). In Umweltschutz-, Selbsthilfe-, politischen- oder kirchlichen Organisationen sind jeweils weniger als 10 Prozent aktiv.

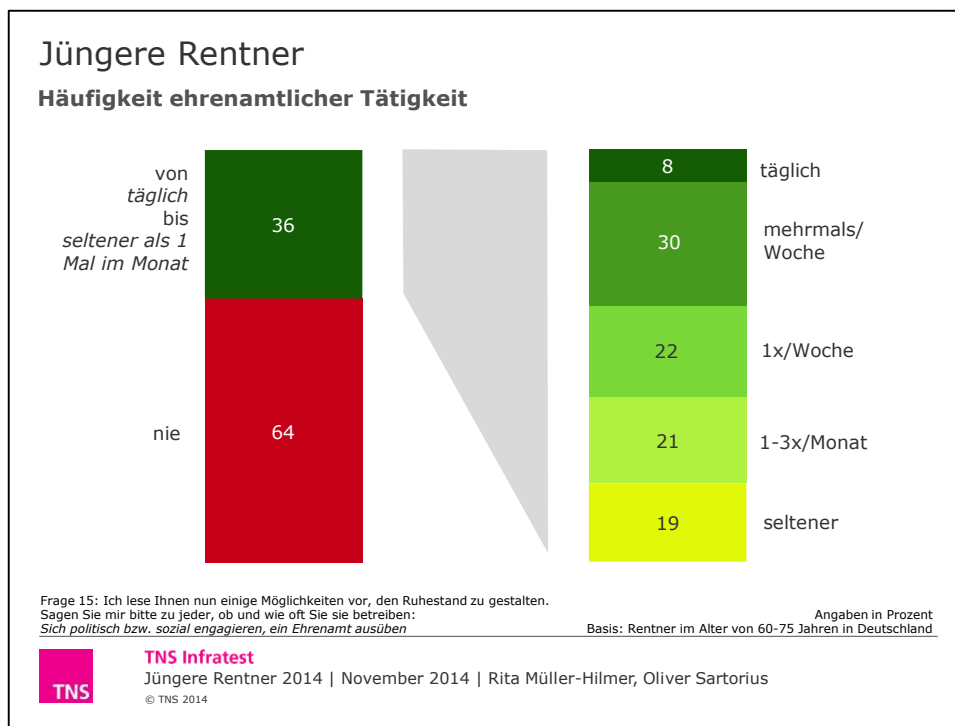


4.4 Soziales bzw. politisches Engagement und Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement zeichnet sich dadurch aus, dass es das selbstlose Motiv des Einsatzes für andere mit wertvollem gesellschaftlichem Ertrag verbindet. Umso erfreulicher ist es, dass sich über ein Drittel (36 Prozent) der jüngeren Rentner in Deutschland zumindest manchmal politisch

oder sozial engagiert bzw. ehrenamtlich tätig wird. Damit liegt das tatsächliche Engagement im Ruhestand in etwa auf dem Niveau der Absichtsbekundungen derer, die sich schon vor dem Ruhestand vorgestellt haben, sich für andere Menschen und die Gesellschaft einzusetzen (siehe Abschnitt 4.2). Das Ausmaß ehrenamtlichen Engagements älterer Personen weist erstaunliche zeitliche Konstanz auf und deckt sich mit den Zahlen der BPA-Studien von 2011 unter 50- bis 63jährigen und von 2007 unter 55- bis 75jährigen, als 37 bzw. 36 Prozent der Befragten angaben, ein Ehrenamt auszuüben.¹⁸

Wenig überraschend korreliert ehrenamtliches Engagement positiv mit dem Bildungsniveau. Während bei Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss nur 32 Prozent in dieser Hinsicht zumindest ab und zu aktiv sind, liegt die Ehrenamtsquote bei Befragten mit Abitur oder Studium bei 48 Prozent. Bildung ist damit nicht nur ein ausschlaggebender Faktor für die persönliche Lebensführung, sondern auch eine wichtige gesellschaftliche Ressource. Neben Bildung hängt das freiwillige Engagement auch vom Alter ab: Mit zunehmendem Alter und einhergehender nachlassender Leistungsfähigkeit nehmen derartige Aktivitäten spürbar ab. Auch findet es in den neuen Bundesländern seltener statt als in den alten Bundesländern (24:40 Prozent). Interessant ist darüber hinaus, dass sich kinderlose Jungrentner wesentlich häufiger sozial engagieren als Rentner mit Kindern (46:35 Prozent). Dies kann gleichsam als Kompensationshandlung interpretiert werden, sich statt dem Sorgetragen für eigene Kinder in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.



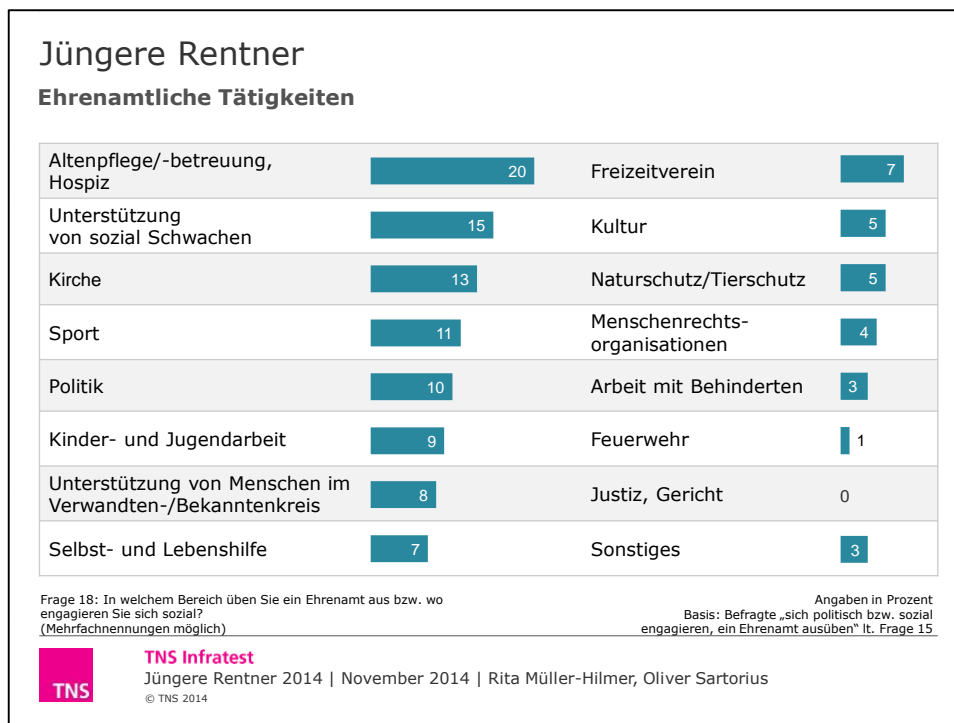
Von den Engagierten verrichten sechs von Zehn ihre freiwilligen Aufgaben mindestens einmal in der Woche, darunter 22 Prozent einmal und 30 Prozent mehrmals pro Woche sowie 8 Prozent sogar

¹⁸ Vgl. BPA-Studie „Ältere Arbeitnehmer“ (2011) und BPA-Studie „Ältere“ (2007).

täglich. Jeweils jeder Fünfte ist zumindest ein- bis dreimal im Monat (21 Prozent) oder seltener (19 Prozent) aktiv.

Die meisten Aktiven engagieren sich dabei im sozialen Bereich, unterstützen also besonders hilfsbedürftige Menschen oder andere Mitmenschen im Allgemeinen. Am häufigsten ist dabei Engagement in der Altenpflege und Hospizarbeit (20 Prozent), gefolgt von der Unterstützung sozial Schwacher z.B. durch Mitarbeit bei den Tafeln (15 Prozent), kirchlichem Engagement (13 Prozent), der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (9 Prozent), der Unterstützung von Verwandten und Bekannten (8 Prozent) und der freiwilligen Mitarbeit in der Selbst- und Lebenshilfe (7 Prozent). Weitere 3 Prozent geben an, sich in ihrer Freizeit um Menschen mit Behinderung zu kümmern.

Dass das Engagement in der klassischen Vereinsarbeit in Sport- (11 Prozent) oder Freizeitverein (7 Prozent) keinen höheren Stellenwert einnimmt, obwohl sie die dominierenden Nennungen bei den Vereinsmitgliedschaften sind (vgl. Abschnitt 4.3), mag daran liegen, dass man mit ehrenamtlichem Engagement viel stärker soziale oder politische Themen assoziiert als die klassische Vereinsarbeit und dass die Mitgliedschaft in Sport- oder Freizeitvereinen nicht mit sozialem Engagement oder einem Ehrenamt verbunden sein muss. Politiknahes Engagement ist der dritte größere Bereich gesellschaftlichen Wirkens, hier wirkt nach eigenen Angaben jeder Zehnte direkt in der (Partei-) Politik mit (10 Prozent), jeder Zwanzigste im Natur- und Umweltschutz (5 Prozent) und jeder Fünfundzwanzigste bei Menschenrechtsorganisationen (4 Prozent). Auf nennenswerte Anteile kommt schließlich noch der Einsatz im Bereich der Kultur (5 Prozent). Feuerwehr-, Justiz- und Gerichtstätigkeiten werden nur vereinzelt genannt.

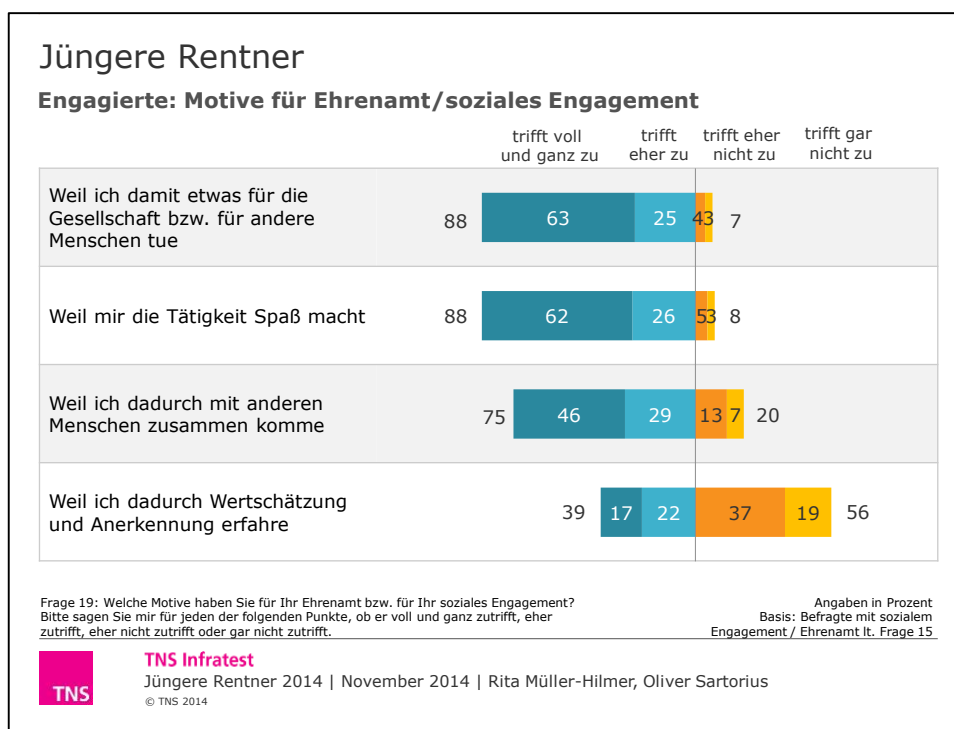


Dabei fällt auf, dass sich Frauen häufiger im sozialen Bereich engagieren als Männer, also häufiger in den Bereichen Altenpflege, Kirche und der Selbst- und Lebenshilfe aktiv sind sowie mehr Zeit für

die Unterstützung sozial Schwacher oder Mitmenschen generell aufbringen. Männer üben dagegen häufiger ein Ehrenamt in Sport- und Freizeitvereinen aus oder engagieren sich (partei-)politisch.

Motive für Ehrenamt bzw. soziales Engagement

Die Hauptmotive ehrenamtlichen bzw. sozialen Engagements liegen sowohl im altruistischen Grund, etwas für die Gesellschaft tun zu wollen, als auch in der intrinsischen Motivation, dass die Tätigkeit Spaß macht. Jeweils fast neun von zehn Ehrenamtsträgern fühlen sich dadurch eher (25 bzw. 26 Prozent) oder voll und ganz (63 bzw. 62 Prozent) zu ihrem Engagement motiviert. Ebenfalls von großer Bedeutung für die Übernahme eines Ehrenamtes sind die sozialen Kontakte, die dadurch generiert werden: Das Motiv, mit anderen Menschen zusammenzukommen, ist für insgesamt drei von Vier eher (29 Prozent) oder voll und ganz (46 Prozent) ausschlaggebend. Nachrangige Bedeutung hat nach eigener Aussage die Anerkennung des eigenen ehrenamtlichen bzw. sozialen Wirkens durch andere Menschen. Nur insgesamt vier von Zehn (39 Prozent) äußern sich entsprechend.

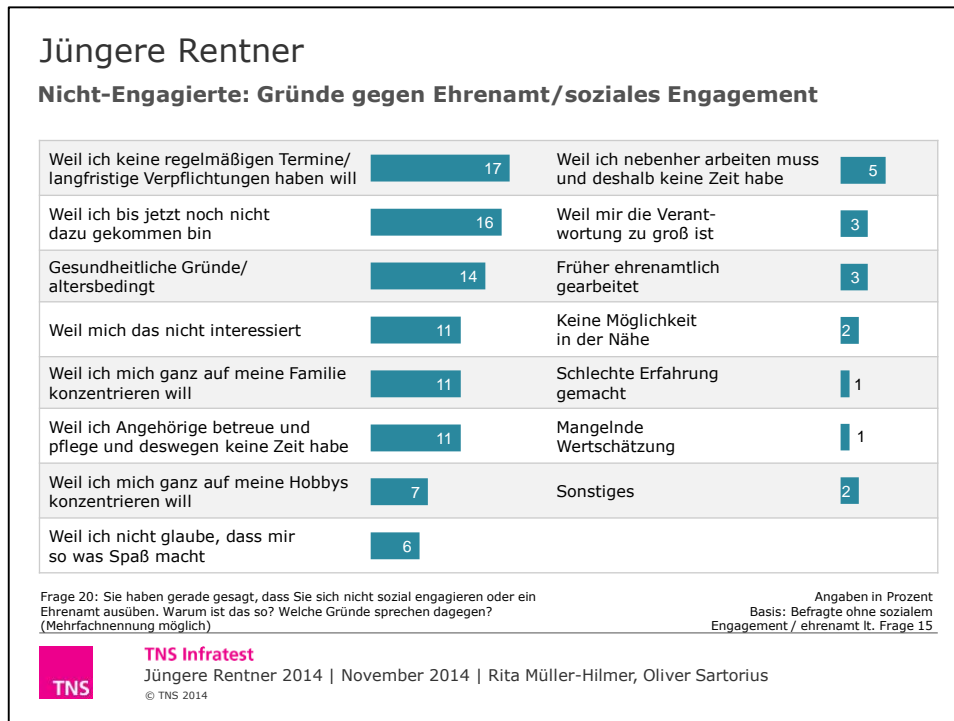


Zugleich ist das Motiv der Wertschätzung aber dasjenige, dessen Bedeutung sich zwischen den Teilgruppen am stärksten unterscheidet. So geben fast die Hälfte der Frauen (47 Prozent), aber nur drei von zehn Männern an (31 Prozent), das Ansehen ehrenamtlicher Tätigkeit motiviere sie zu ihrem Engagement. Frauen scheinen sich eher über das Urteil anderer zu definieren als Männer, wozu auch die bereits dargestellten Ehrenamtsschwerpunkte beider Geschlechter passen. Zudem ist den früheren Arbeitslosen bzw. Berufsunfähigen (57 Prozent) und den ehemaligen Arbeitern (45 Prozent) die Anerkennung durch andere überdurchschnittlich wichtig – allesamt Gruppen, denen vor dem Ruhestand tendenziell weniger Wertschätzung im Rahmen der Erwerbstätigkeit erhalten haben und die diesen Mangel nun möglicherweise über das hohe Sozialprestige des Ehrenamtes

auszugleichen versuchen. In diesem Kontext erklärt sich möglicherweise auch die höhere Bedeutung des Sozialprestiges bei Engagierten in den neuen Bundesländern (49: 37 Prozent). In dieser Gruppe spielt aber auch der Spaß an der Tätigkeit (94:87 Prozent) und der soziale Kontakt zu anderen (84:73 Prozent) eine überdurchschnittlich starke Rolle als Motivation für die Übernahme eines Ehrenamtes

Motive gegen Ehrenamt bzw. soziales Engagement

Der größere Teil der Jungrentner ist nicht sozial bzw. ehrenamtlich engagiert. Aus den vielen Gründen, die gegen ein solches Engagement sprechen, lassen sich zwei größere Motivbündel zusammenfassen: zum einen die fehlende Zeit (bei grundsätzlicher Bereitschaft), zum anderen eine alternative Präferenzordnung. Unter zeitlichen Aspekten gibt jeweils jeder Sechste an, sich keine regelmäßigen Termine und langfristigen Verpflichtungen aufbürden zu wollen (17 Prozent) oder bislang einfach noch nicht dazu gekommen zu sein, sich gesellschaftlich zu engagieren (16 Prozent), jeder Neunte ist in der Betreuung von Angehörigen (11 Prozent), jeder Zwanzigste durch Nebentätigkeiten so gebunden (5 Prozent), dass sich keine Zeit für soziales Engagement findet. Im Kontext anderer Präferenzen zeigen manche Rentner grundsätzlich kein Interesse am Thema Ehrenamt (11 Prozent), wollen sich im Ruhestand lieber der Familie (11 Prozent) oder dem Hobby widmen (7 Prozent). 6 Prozent glauben nicht, dass ihnen ein Einsatz für andere Freude bereiten würde.

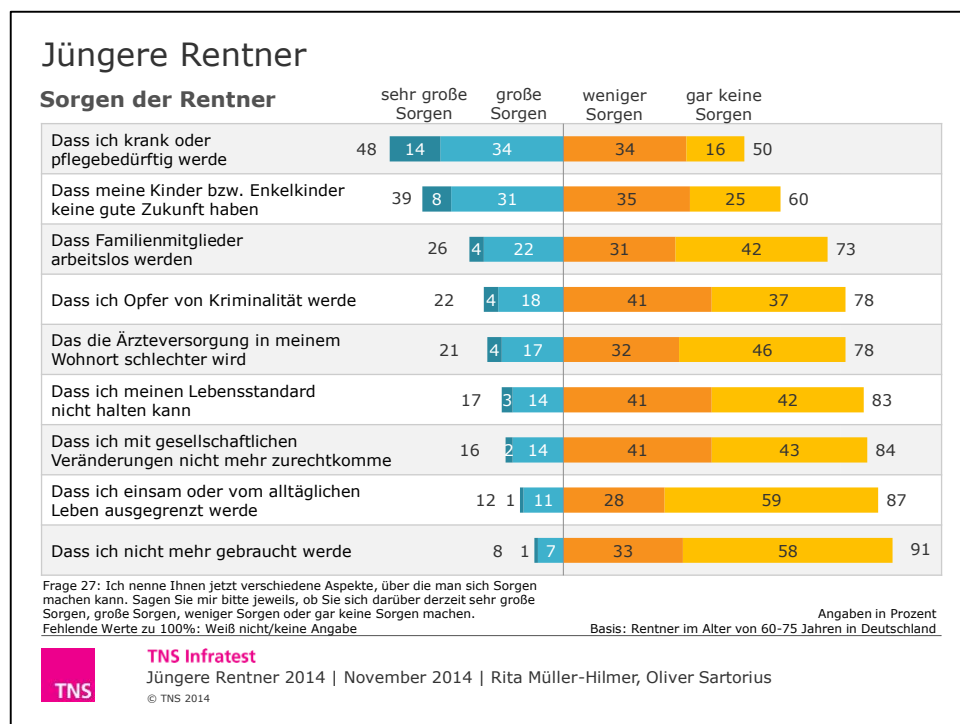


Zusätzlich zu diesen Gründen gibt ein Teil der Rentner an, sich gesundheitlich oder altersbedingt nicht (mehr) zu ehrenamtlichen bzw. sozialen Tätigkeiten in der Lage zu fühlen (14 Prozent), 3 Prozent fürchten sich vor der Verantwortung, 2 Prozent fehlt die Infrastruktur. Jeweils nur kleine

Minderheiten sehen ihre Verantwortung durch frühere Ehrenamtstätigkeiten abgegolten (3 Prozent). Lediglich ein Prozent gibt an, dass die für ehrenamtliches Engagement erhaltene gesellschaftliche Wertschätzung nicht ausreiche oder dass man persönlich bereits schlechte Erfahrungen damit gemacht habe.

4.5 Persönliche Sorgen

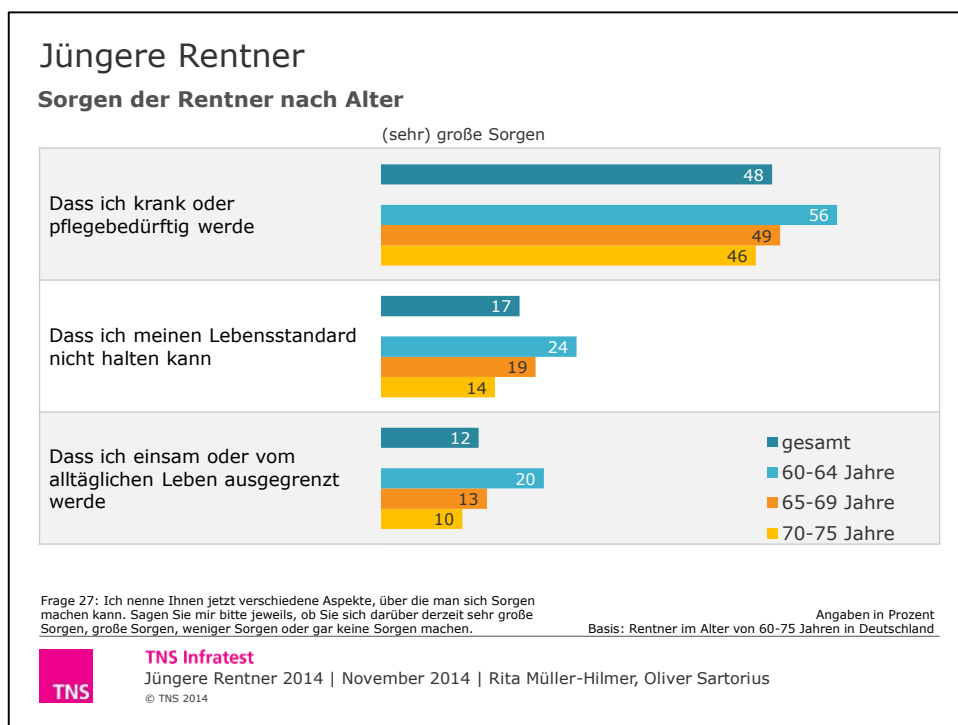
Insgesamt geben sich die jungen Senioren hinsichtlich möglicher künftiger Entwicklungen, über die man sich besonders im Alter Sorgen machen könnte, vergleichsweise gelassen: In keiner der abgefragten Dimensionen überwiegen die Ängste. Noch am weitesten in der Zielgruppe verbreitet ist die Sorge, krank oder pflegebedürftig zu werden. Immerhin fast jedem Zweiten bereitet dieses Szenario große (34 Prozent) oder sehr große Sorgen (14 Prozent). In nahezu allen soziodemografischen Gruppen liegt eine mögliche Krankheit oder Pflegebedürftigkeit auf Platz 1 der Sorgenskala, was aufgrund des fortgeschrittenen Alters der Zielpersonen wenig verwunderlich ist. Schließlich ist der Ruhestand in vielen Fällen tatsächlich geprägt von gesundheitlichen Beschwerden und dem Angewiesensein auf die Hilfe anderer.



Weitere, auf ihre eigene Person bezogene Sorgen beunruhigen die Jungrentner weniger stark als die Perspektiven ihrer Angehörigen: Die Vorstellung, dass ihre Nachkommen keine gute Zukunft haben könnten, beunruhigt unter allen Senioren mit Kindern vier von Zehn (39 Prozent). Dass Familienmitglieder arbeitslos werden könnten, treibt jeden Vierten um (26 Prozent). Überdurchschnittlich stark ist diese Sorge unter Senioren in Ostdeutschland ausgeprägt (36 Prozent), deren eigene Biographien häufiger von Arbeitslosigkeit geprägt waren.

Angesichts von Trickdiebstählen wie dem sogenannten „Enkeltrick“ oder betrügerischen Kaffeefahrten, deren Ziel gerade ältere Menschen sind, hat immerhin mehr als jeder fünfte Rentner (sehr) große Sorgen, Opfer von Kriminalität zu werden (22 Prozent). In etwa gleich viele treibt die Befürchtung um, dass sich die ärztliche Versorgung in ihrem Wohnort verschlechtern könnte (21 Prozent). Obwohl der Übergang in den Ruhestand zumeist mit finanziellen Einbußen einhergeht, befürchten nur 17 Prozent, ihren bisherigen Lebensstandard nicht halten zu können. Das liegt sicher daran, dass die Zielgruppe den rentenbedingten finanziellen Einschnitt bereits hinter sich hat. Die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung und technologischen Fortschritts sowie die entsprechende Sorge, mit den Veränderungen nicht mehr Schritt halten zu können, beunruhigt jeden Sechsten (16 Prozent). Relativ wenig Angst besteht in der Zielgruppe hinsichtlich der verschiedenen Ausprägungen gesellschaftlicher und familiärer Isolierung: 12 Prozent fürchten sich vor Vereinsamung und Ausgrenzung aus dem alltäglichen Leben, nur 8 Prozent davor, nicht mehr gebraucht zu werden.

Der Blick in die Zukunft ist stark von den aktuellen Lebensumständen geprägt, d.h. aus welcher Konstitution heraus und mit welcher zeitlichen Perspektive man wertet. Je jünger die Rentner sind, desto größer ist ihre Angst davor, pflegebedürftig oder krank zu werden, zu vereinsamen und den bisherigen Lebensstandard nicht halten zu können. Denn im Fall der Fälle würde die Lebensqualität erheblich sinken, und das (noch) über einen längeren Zeitraum. Umgekehrt fürchten sich die älteren Jahrgänge in der Zielgruppe verstärkt vor kriminellen Übergriffen, vor einer sich verschlechternden medizinischen Versorgung und vor den Folgen des gesellschaftlich-technologischen Fortschritts, was angesichts abnehmender körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit im Alter nur konsequent ist.



Personen, die schwere gesundheitliche Probleme haben, fürchten besonders eine weitere Verschlechterung ihres Zustands bis hin zur Pflegebedürftigkeit (65 Prozent). Dabei stimmt

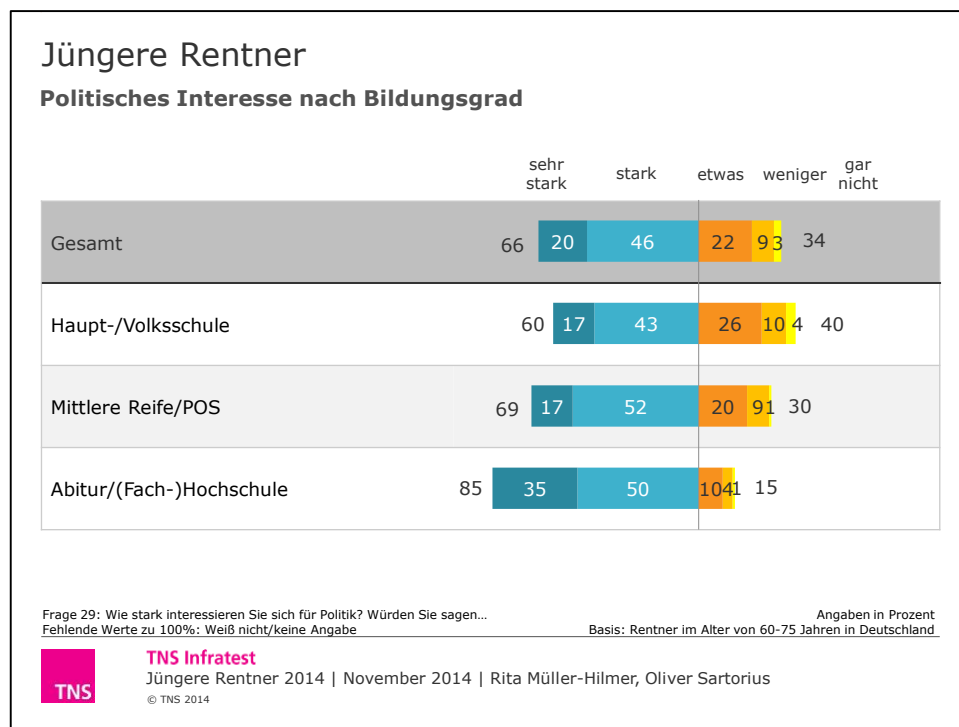
bedenklich, dass gerade in derjenigen Gruppe, die die Folgen von Krankheit im Alter ja bereits am eigenen Leib erfährt, die Sorge vor Verringerung des Lebensstandards, vor Vereinsamung und vor dem „Nicht mehr gebraucht werden“ mit am häufigsten geäußert wird.

Auch das Ausmaß der Alltagsorgen korreliert zudem mit Bildung und Einkommen: Bei allen Aussagen (mit Ausnahme der Zukunft von Kindern und Enkeln) machen sich einfach Gebildete mehr Sorgen als Höhergebildete, bei allen Aussagen (mit Ausnahme der Ärztedichte) zeigt sich die unterste Einkommensklasse besorgter als die anderen Segmente.

5 Politische Einstellungen

5.1 Politisches Interesse und Einstellungen zu Politik und Gesellschaft

Politisches Interesse ist ein Indikator für die politische Partizipation von Menschen im Sinne einer generellen Aufmerksamkeit gegenüber dem politischen Geschehen. Auch die Intensität der bewussten Beschäftigung mit Politik und die Fähigkeiten, politische Informationen aufzunehmen, politische Wirklichkeit zu verstehen und sich selbst politisch zu engagieren, spiegeln sich im politischen Interesse.¹⁹ Unter den Jungrentnern geben zwei Drittel an, sich stark (46 Prozent) oder sehr stark (20 Prozent) für Politik zu interessieren. Jeder Fünfte hat etwas (22 Prozent), jeder Elfte wenig (9 Prozent), 3 Prozent gar kein Interesse an Politik. Damit liegt das Interesse der Rentner über dem, was in Bevölkerungsumfragen üblicherweise für die Gesamtheit der Wahlberechtigten gemessen wird.

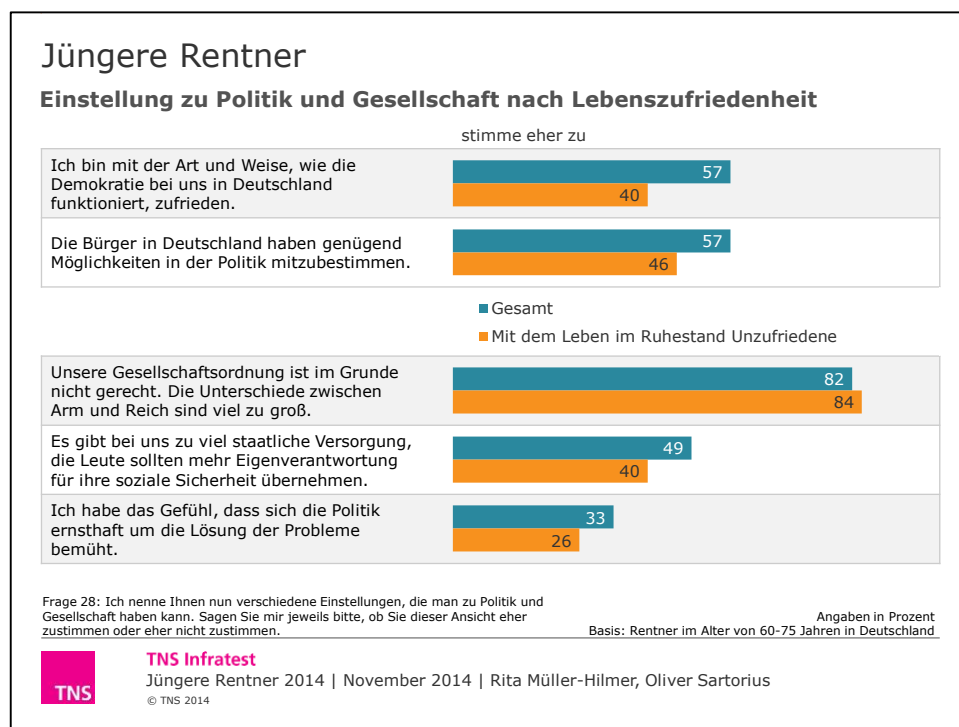


Wie in der Gesamtbevölkerung korreliert auch bei den Jungrentnern das politische Interesse positiv mit dem Bildungsniveau: Je höher der Bildungsabschluss desto stärker ist das politische Interesse ausgeprägt. Dieser Zusammenhang ist insofern nachvollziehbar, weil mit dem Bildungsgrad das Bewusstsein für die Bedeutung von Politik für das eigene Leben steigt. Unter Personen mit einfacher formaler Bildung geben 60 Prozent an, sich für Politik zu interessieren, im mittleren Bildungsbereich sind es 69 Prozent, bei Höhergebildeten liegt der Anteil bei 85 Prozent (darunter

¹⁹ Die Politikwissenschaft kennt keine abschließende Definition politischen Interesses, sondern verwendet den Begriff je nach Kontext aus einem anderen Blickwinkel. Vgl. Neller, K. (2002): Politisches Interesse, in: Greiffenhagen, M. et al. (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, S. 493ff. Im politikwissenschaftlichen Zweig der Partizipationsforschung hat sich die (breite) Auslegung politischen Interesses als generelle Aufmerksamkeit gegenüber Politik, in der sich individuelle Wertorientierungen und Nutzenerwartungen widerspiegeln, durchgesetzt.

äußern sogar mehr als ein Drittel sehr starkes Interesse). Eher politikferne Gruppen sind darüber hinaus Rentner in den ostdeutschen Bundesländern, Geringverdiener mit weniger als 2.000 Euro monatlich (jeweils 58 Prozent Interesse), frühere Arbeitslose bzw. Berufsunfähige (51 Prozent) und Arbeiter (47 Prozent). Dagegen legen ehemalige Beamte und vormals Selbständige (je 79 Prozent) ein überdurchschnittliches Politikinteresse an den Tag.

Die Jungrentner schätzen die Rahmenbedingungen der Demokratie und der politischen Mitbestimmung in Deutschland, sie kritisieren aber deren praktische Ausgestaltung. Fast sechs von Zehn sind zwar mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden (57 Prozent) und ebenso viele sind der Ansicht, dass das politische System dem Einzelnen grundsätzlich genügend Möglichkeiten bietet, in der Politik mitzubestimmen (57 Prozent). Mehr als acht von zehn Rentnern bemängeln jedoch eine Gerechtigkeitslücke in der Gesellschaft, die sich in einer zu großen Kluft zwischen Arm und Reich spiegelt (82 Prozent). Vor dem Hintergrund, dass rund der Hälfte der Zielgruppe weniger als 2.000 Euro pro Monat zum Leben zur Verfügung stehen, überrascht dieser hohe Anteil nicht. Die eigene wirtschaftliche Situation mag in vielen Fällen ein Grund für die konstatierte gesellschaftliche Ungerechtigkeit sein. Hinsichtlich weiterer Ursachen für diese wahrgenommene Schieflage sind sich die jungen Rentner uneins: Die eine Hälfte macht auch eine staatliche *Übersversorgung* als möglichen Hemmschuh aus, sich eigenverantwortlich um soziale Absicherung zu bemühen (49 Prozent). Die andere Hälfte (47 Prozent) mag dem nicht zustimmen. Neben dem Gerechtigkeitsdefizit in Deutschland attestiert ein Großteil der Rentner der Politik ein mangelndes Problemlösungs Bemühen: Nur 33 Prozent sind der Ansicht, dass die politischen Entscheider ernsthaft an der Lösung der anstehenden Herausforderungen Interesse hat, zwei Drittel sprechen der Politik ein solches Bemühen ab (65 Prozent).



Junge Rentner, die mit ihrem derzeitigen Leben unzufrieden sind, stehen sowohl dem politischen System als auch seiner Ausgestaltung besonders ablehnend gegenüber. Ihr Urteil fällt durchgehend

kritischer aus als das der gesamten Zielgruppe. Es scheint, als führe diese Gruppe ihre individuellen Zufriedenheitsdefizite (auch) auf ein Unvermögen des Staates bzw. der Politik zurück. Einen überdurchschnittlich positiven Blick auf unsere Demokratie- und Gesellschaftsordnung haben dagegen Personen, die Ehrenämter ausüben oder sich sozial bzw. politisch engagieren: Sie loben insbesondere die politischen Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland (+5%-Punkte im Vergleich zu Gesamt) und das Bemühen der Politik um Problemlösungen (+8%-Punkte). Das eigene gesellschaftliche Engagement und das damit verbundene Gefühl, an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben zu können, tragen wohl zu einem milderen Urteil bei. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass Rentner im Osten der Republik auch 25 Jahre nach dem Mauerfall noch wesentlich größere Distanz zum politischen System in Deutschland aufweisen. Sie sind seltener mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden als ihre Altersgenossen im Westen (43:61 Prozent) und weniger häufig der Ansicht, dass es hierzulande ein Zuviel an staatlicher Versorgung gäbe (37:52 Prozent). Gerade letzterer Befund lässt ein grundsätzlich anderes Staatsverständnis bei vielen ostdeutschen Rentnern vermuten.

5.2 Politische Partizipation

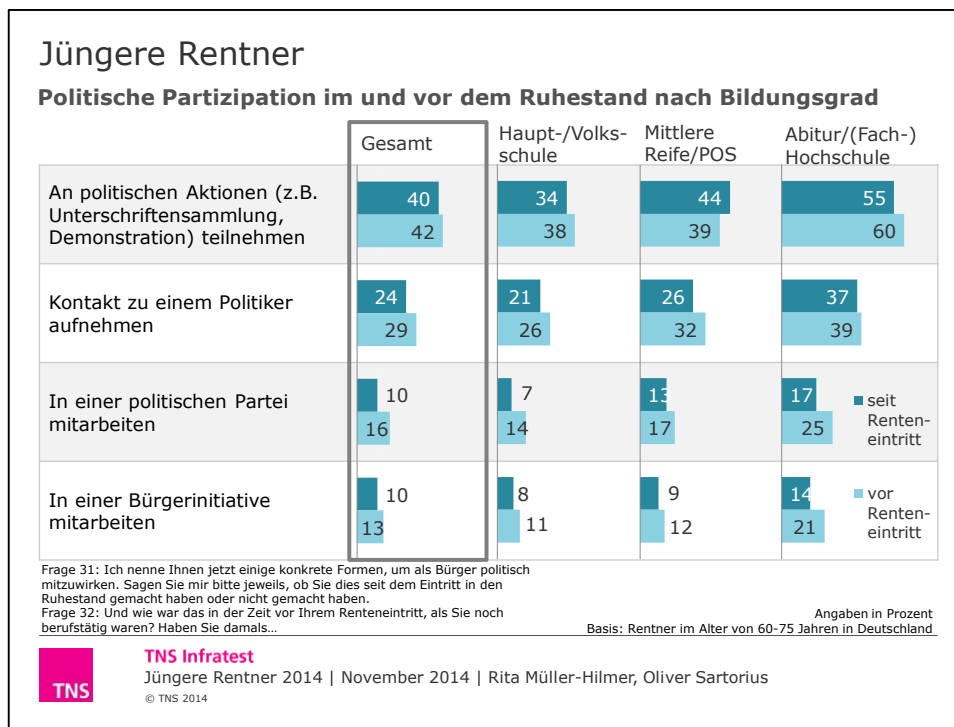
Obwohl die Mehrzahl der Jungrentner prinzipiell überzeugt ist, dass den Bürgern in Deutschland genügend Möglichkeiten zur politischen Partizipation offenstehen, machen sie persönlich – wenn überhaupt – in erster Linie von eher sporadischen Mitbestimmungsmöglichkeiten Gebrauch. Seit dem Ruhestand haben sich vier von Zehn an politischen Aktionen wie Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen beteiligt (40 Prozent) und ein Viertel suchte den Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern (24 Prozent). Partizipationsformen, die regelmäßiges und intensiveres Engagement voraussetzen, werden dagegen weniger genutzt: Jeweils 10 Prozent arbeiten nach eigenen Angaben in einer politischen Partei²⁰ oder einer Bürgerinitiative mit.

Erstaunlich ist, dass das politische Engagement vor dem Ruhestand – unabhängig von der Art der Partizipation – tendenziell stärker ausgeprägt war als nach dem Renteneintritt. Angesichts der neuen Freiheitsgrade, die den Rentnern nach dem Ausscheiden aus Erwerbsleben zur Verfügung stehen, hätte man auch das Gegenteil erwarten können. Möglicherweise können die Begründungen, die die Rentner gegen ein *ehrenamtliches* Engagement vorbringen, auch Gründe für die Abnahme beim *politischen* Engagement liefern: In der individuellen Präferenzordnung sind mit dem Eintritt in den Ruhestand andere Lebensinhalte wichtiger geworden, was nicht per se gegen politisches Engagement spricht, aber seine Bedeutung relativiert. Zudem dürften in diesem Zusammenhang auch die aufgrund anderer Aktivitäten oftmals knappen zeitlichen Ressourcen der noch vergleichsweise agilen Jungrentner eine Rolle spielen.

Der per definitionem angenommene Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischer Partizipation zeigt sich in der Zielgruppe auch in realiter. Sowohl das heutige als auch das Partizipationsniveau zur Zeit des Berufslebens liegen bei politisch Interessierten deutlich höher als

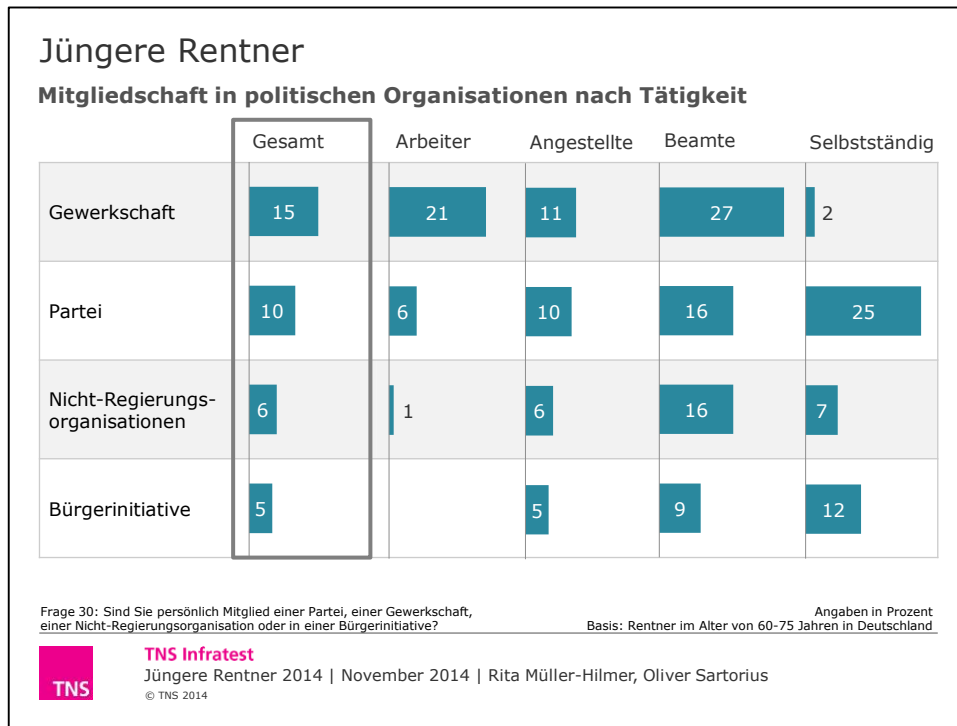
²⁰ Auch im Rahmen der BPA-Studie „Ältere“ aus dem Jahr 2007 wurde für die Zielgruppe der 55-75-Jährigen ein ähnlich hoher Anteil Parteimitglieder ermittelt (9 Prozent). In der Gesamtbevölkerung sind nur etwa 2 Prozent Mitglied in einer Partei (Quelle: Prof. Oskar Niedermayer, Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, FU Berlin 2013). Der höhere Anteil unter Älteren kann zum einen wohl tatsächlich auf ein überdurchschnittliches Interesse an Politik zurückgeführt werden (siehe Abschnitt 5.1). Zum anderen wird der Anteil Parteimitglieder in Umfragen in der Regel aber auch etwas überschätzt.

bei Desinteressierten. Damit einhergehend korreliert die Nutzung politischer Mitbestimmungsformen auch positiv mit dem Bildungsniveau der Befragten.



Einen Sprung in der Qualität politischer Partizipation stellen aktive Mitgliedschaften in politischen Organisationen dar. Jeder siebte jüngere Rentner gibt an, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein (15 Prozent), jeder Zehnte besitzt ein Parteibuch (10 Prozent), in NGOs wie Greenpeace oder Amnesty International sind 6 Prozent organisiert, jeder Zwanzigste gehört einer Bürgerinitiative an (5 Prozent). Wiederum scheint politisches Interesse ein relevantes Motiv zu sein, solchen Organisationen beizutreten. Interessant ist auch, dass die Mitgliedsanteile bei den 60-64-Jährigen jeweils überdurchschnittlich sind, bei den Rentnern ab 65 Jahren aber zurückgehen. Das könnte ein Indiz dafür sein, dass früher erworbene Mitgliedschaften zwar zunächst in den Ruhestand mitgenommen, dann aber häufig gelöst werden – sei es, weil man die neuen Freiheiten nicht mit regelmäßigen oder langfristigen Verpflichtungen einschränken möchte oder weil man es – wie im Falle der Gewerkschaftsmitgliedschaft – nicht mehr für notwendig erachtet.

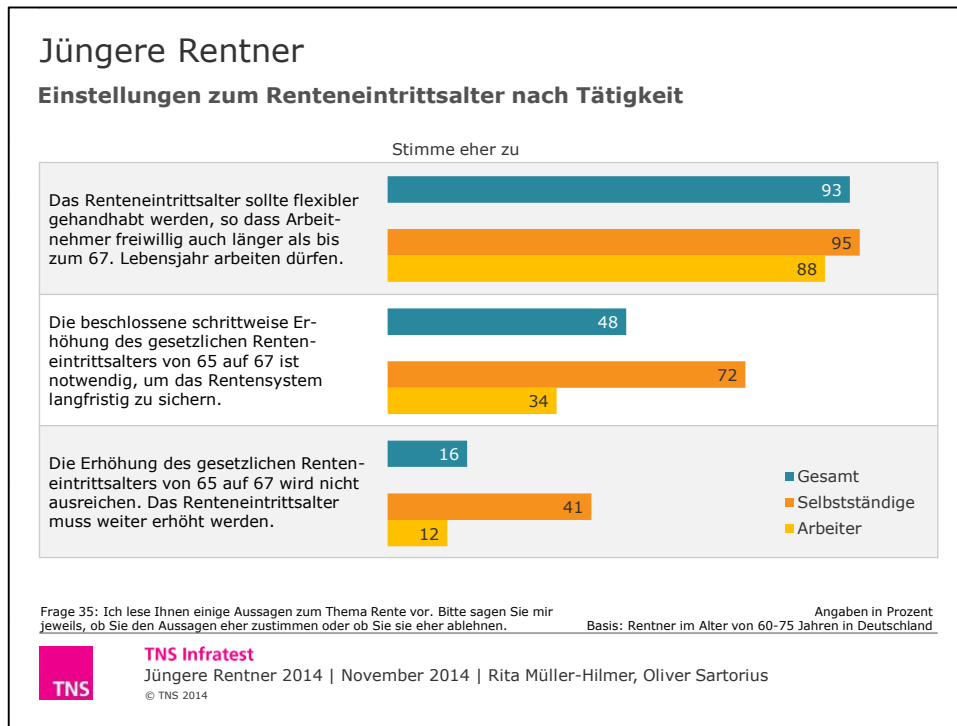
Die frühere berufliche Tätigkeit hat natürlich großen Einfluss darauf, in welchen Organisationen die Rentner Mitglied sind. Ehemalige Arbeiter sind überdurchschnittlich häufig in Gewerkschaften organisiert (+6%-Punkte im Vergleich zu Gesamt). Frühere Selbständige verfügen dagegen sehr viel häufiger als andere über ein Parteibuch (+15%-Punkte) oder engagieren sich aktiv in einer Bürgerinitiative (+7%-Punkte). Pensionierte Beamte, die sich zusammen mit den ehemaligen Selbständigen am stärksten für Politik interessieren, weisen bei allen abgefragten Organisationen überdurchschnittliche Mitgliedschaftsquoten auf.



5.3 Rentenpolitik und demografischer Wandel

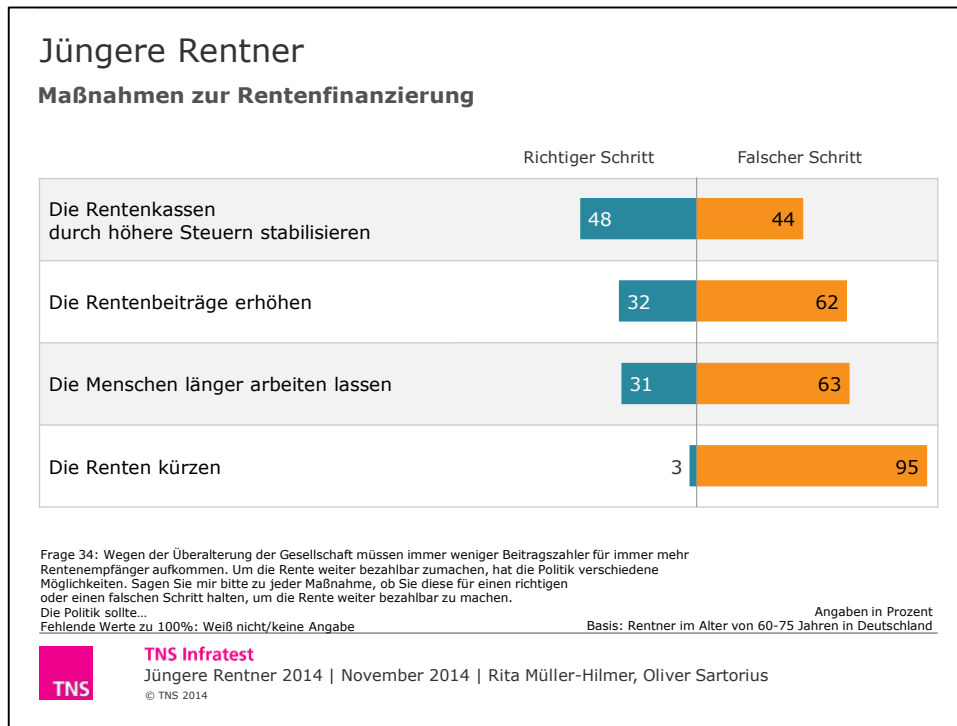
Wegen der gestiegenen Lebenserwartung beziehen Männer und Frauen immer länger Rente, zudem werden in Deutschland immer weniger Kinder geboren. Die von der Großen Koalition 2007 beschlossene schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters von 65 auf 67 Jahre, die die Rente trotz dieses wachsenden Missverhältnisses von Beitragszahlern und Rentenempfängern weiterhin bezahlbar machen soll, teilt die Jungrentner in zwei gleich große Lager: Die eine Hälfte hält den Beschluss für rentenpolitisch notwendig (48 Prozent), die andere Hälfte teilt diese Auffassung nicht (49 Prozent). Weitgehend einig ist man sich aber, dass das Renteneintrittsalter nicht weiter angehoben werden sollte. Nur 16 Prozent halten die Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre für nicht ausreichend zur Bewältigung der Herausforderungen im Rentensystem. Die große Mehrheit von knapp acht von Zehn steht einer weiteren Anhebung kritisch gegenüber (79 Prozent). Hier scheint mit der jetzigen Regelung eine Akzeptanzschwelle bei den heutigen Jungrentnern erreicht zu sein.

Große Anziehungskraft übt das Modell des flexiblen Renteneintrittsalters auf die Jungrentner aus, das einen freiwilligen Verbleib im Beruf über die Grenze von 67 Jahren hinaus erleichtern würde (93 Prozent Zustimmung). Flexible Rentenmodelle bieten mehr Spielraum für die individuelle Lebensplanung, was sich die Jungrentner bei ihrem eigenen Übertritt in den Ruhestand vielleicht zum Teil gewünscht hätten. Führt man sich das eher niedrige tatsächliche Renteneintrittsalter der Zielgruppe vor Augen, dann darf jedoch bezweifelt werden, dass viele der heutigen Jungrentner von der Möglichkeit über das 67. Lebensjahr hinaus zu arbeiten, Gebrauch gemacht hätten.



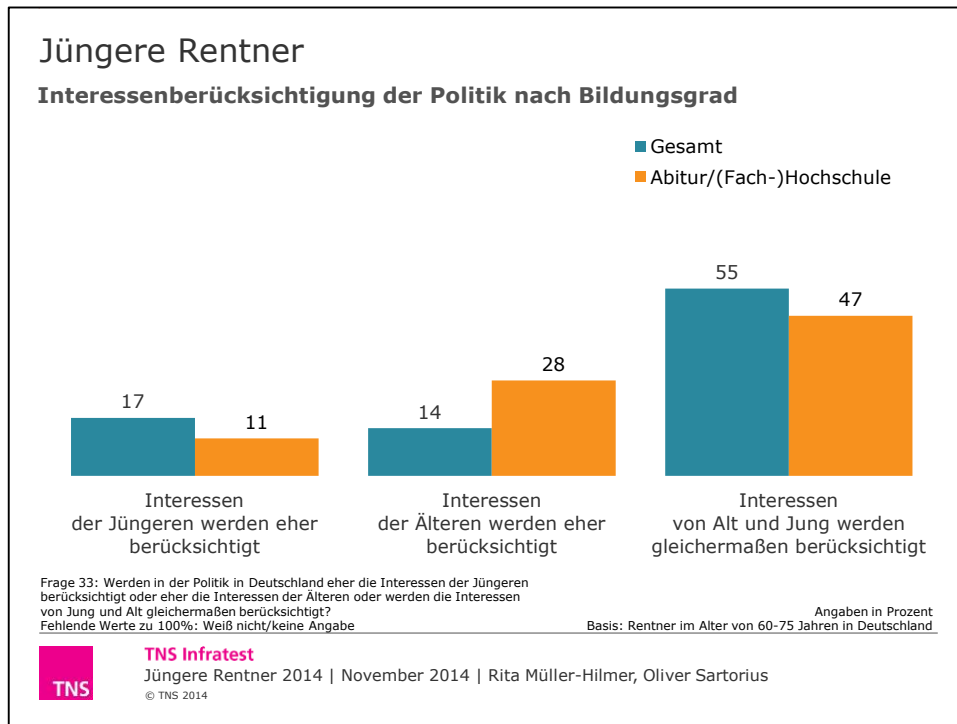
Die Haltung zu Fragen des Renteneintrittsalters hängt maßgeblich von der früheren beruflichen Tätigkeit ab. Ehemalige Arbeiter sehen die Anhebung auf 67 Jahre deutlich kritischer (Zustimmung: -14%-Punkte im Vergleich zu Gesamt), wobei sie dabei sicher die physischen Belastungsgrenzen älterer Arbeiter im Blick haben. Bei früheren Selbständigen dagegen herrscht eine große Akzeptanz gegenüber der Rente mit 67 (+24%-Punkte) und sie stehen auch einer weiteren Anhebung des Renteneintrittsalters deutlich positiver gegenüber als der Durchschnitt der Befragten (+25%-Punkte). Dies erklärt sich auch aus ihrer eigenen Erwerbsbiographie: Vormalig Selbständige sind die Berufsgruppe mit dem höchsten effektiven Renteneintrittsalter (vgl. Abschnitt 4.1).

Grundsätzlich stehen der Politik verschiedene Möglichkeiten offen, rentenpolitisch auf die Überalterung der Gesellschaft zu reagieren. Mehrheitlich überzeugt sind die Jungrentner aber von keiner. Noch am ehesten halten sie Steuererhöhungen für ein probates Mittel, um die Rentenkassen zu stabilisieren (48 Prozent). Die Erhöhung von Rentenbeiträgen (32 Prozent) oder der Lebensarbeitszeit (31 Prozent) sind nur für je drei von Zehn der richtige Schritt. Gänzlich unpopulär sind Rentenkürzungen (3 Prozent). Dies verwundert nicht, wären die heutigen Rentner von dieser Maßnahme doch unmittelbar selbst betroffen.



Die Zustimmungsraten zu den einzelnen Maßnahmen unterscheiden sich zwischen West und Ost zum Teil stark. Steuererhöhungen hält im Westen mehr als jeder Zweite, im Osten nur etwas mehr als ein Drittel für sinnvoll (52:36 Prozent). Eine Arbeitszeitverlängerung – im Westen von einem Drittel als richtig erachtet – ist im Osten besonders unbeliebt (34:21 Prozent). Damit geht einher, dass Steuererhöhungen und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit insbesondere von Personen mit einem niedrigen Einkommen und ehemaligen Arbeitern besonders häufig abgelehnt werden. Beide Gruppen sind in den neuen Bundesländern überdurchschnittlich stark vertreten. Eine Erhöhung der Rentenbeiträge schließlich unterstützen im Westen nur drei von Zehn, im Osten sind es dagegen fast vier von zehn Senioren (30:38 Prozent). Damit stellt die Beitragserhöhung die von den ostdeutschen Rentnern favorisierte Maßnahme zur Rentenfinanzierung dar.

Renten Kürzungen werden von allen Jungrentnern unabhängig von ihrem persönlichen Einkommen gleich stark abgelehnt. Dies ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass man unabhängig vom tatsächlich zur Verfügung stehenden finanziellen Spielraum nicht bereit ist, weitere Einschnitte beim Lebensstandard hinzunehmen.



Trotz der großen Herausforderungen, die der demografische Wandel gerade in der Rentenpolitik, aber auch in der Gesundheits-, Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik mit sich bringt, haben die Rentner mehrheitlich nicht das Gefühl, dass die Politik die Interessen von jüngeren und älteren Menschen gegeneinander ausspielt, sondern gleichermaßen berücksichtigt (55 Prozent). Nur insgesamt drei von zehn Rentnern sehen entweder die Jüngeren (17 Prozent) oder die Älteren (14 Prozent) als von der Politik bevorteilte Gruppe. Lediglich die formal Höhergebildeten (und damit verbunden die oberen Einkommensklassen) nehmen verstärkt wahr, dass es eher die Interessen der Älteren sind, die in der Politik Beachtung finden (28 Prozent). Aktuelle rentenpolitische Beschlüsse wie die Mütterrente oder die Rente mit 63 scheinen bei dieser politisch stark interessierten Gruppe zu einer durchaus selbstkritischen Bewertung zu führen, was die Abwägung der Interessen von Jung und Alt angeht.

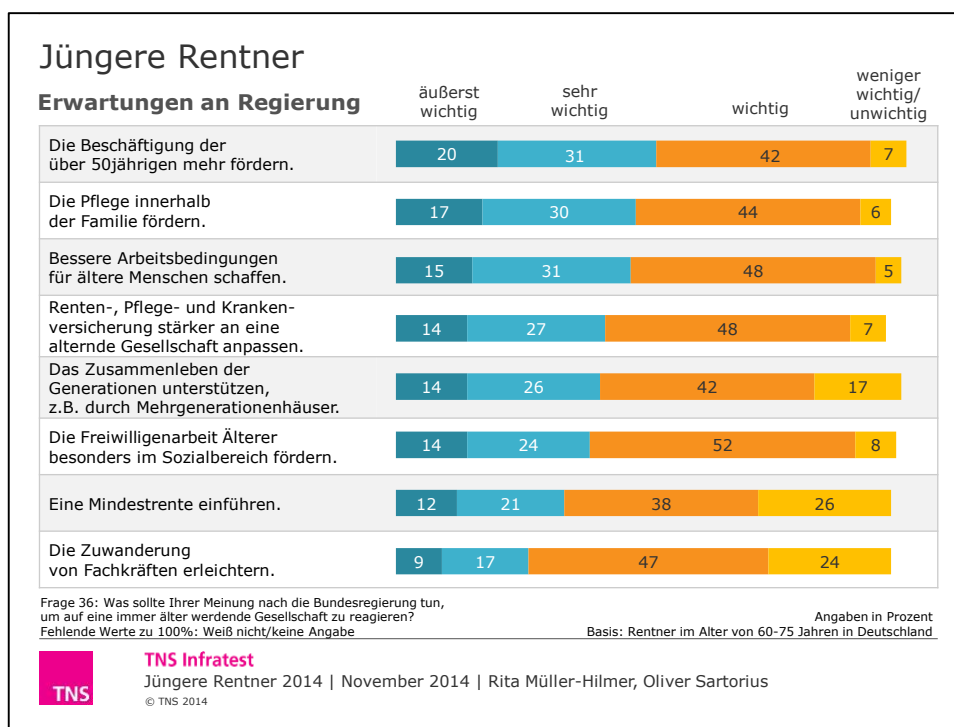
5.4 Rentenpolitik der Bundesregierung

Erwartungen an die Bundesregierung

Laut aktuellem Rentenbericht der Bundesregierung waren 2013 knapp die Hälfte aller Männer und Frauen im Alter von 60 bis 64 Jahren erwerbstätig, aber nur ein knappes Drittel arbeitete als sozialversicherungspflichtige Beschäftigte.²¹ Vor diesem Hintergrund hat für die Zielgruppe die Förderung der Erwerbstätigkeit im Alter den größten Stellenwert, wenn es um konkrete politische

²¹ Vgl. „Zweiter Bericht der Bundesregierung gemäß § 154 Absatz 4 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre“ vom 19. November 2014, PDF-Download unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Thema-Rente/anhebung-rentenalter-67-zweiter-bericht.pdf?__blob=publicationFile.

Reaktionen auf die immer älter werdende Gesellschaft geht: Mehr als jeder Zweite findet es äußerst (20 Prozent) oder sehr wichtig (31 Prozent)²², die über 50-Jährigen im Arbeitsmarkt zu halten bzw. sie dort wieder zu integrieren. Dass dafür auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ältere Menschen entscheidend ist und seitens der Bundesregierung forciert werden sollte, davon sind 46 Prozent überzeugt. Auf das sinkende Angebot an Arbeitskräften durch eine Erleichterung der Zuwanderung für Fachkräfte zu reagieren, hält nur jeder vierte Jungrentner für besonders wichtig (26 Prozent).



Der wichtige Bereich der Pflege treibt die Rentner ebenfalls um. Von den 2,5 Mio. pflegebedürftigen Menschen in Deutschland werden 70 Prozent zu Hause versorgt.²³ Entsprechend groß ist das Interesse der Rentner, dass sich die Bundesregierung um die Förderung häuslicher Pflege innerhalb der Familie bemüht (47 Prozent). Auch müsse die Pflegeversicherung weiter reformiert werden, die wie die Renten- und Krankenversicherung noch nicht ausreichend an die Erfordernisse einer alternden Gesellschaft angepasst sei (41 Prozent). Hinsichtlich der Wohnsituation älterer Menschen sehen 40 Prozent der Rentner Handlungsbedarf seitens der Politik dergestalt, dass die Bundesregierung generationenübergreifende Wohn- und Lebensmodelle unterstützen soll. Die Förderung des Potentials von freiwilligem Engagement älterer Menschen gerade im sozialen Bereich betonen knapp vier von zehn Rentnern (38 Prozent). Vergleichsweise wenig Bedeutung messen die Rentner der Einführung einer Mindestrente bei. Nur ein Drittel hält eine solche Abkopplung der Rentenhöhe von den individuellen Versicherungsleistungen für sehr oder äußerst wichtig (33 Prozent), um auf das ansteigende Durchschnittsalter der Gesellschaft angemessen zu reagieren.

²² Der Fokus liegt hier und im Folgenden auf den Antwortkategorien „äußerst wichtig“ und „sehr wichtig“. Denn gerade Forderungen an die Politik bezeichnen Befragte weniger gern als unwichtig, weswegen eine Aussage über die tatsächliche Relevanz häufig erst über die verschiedenen Stufen der Themenbedeutung möglich wird.

²³ Stand im Dezember 2011. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 18. Januar 2013, PDF-Download unter https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/01/PD13_024_224pdf.pdf?__blob=publicationFile.

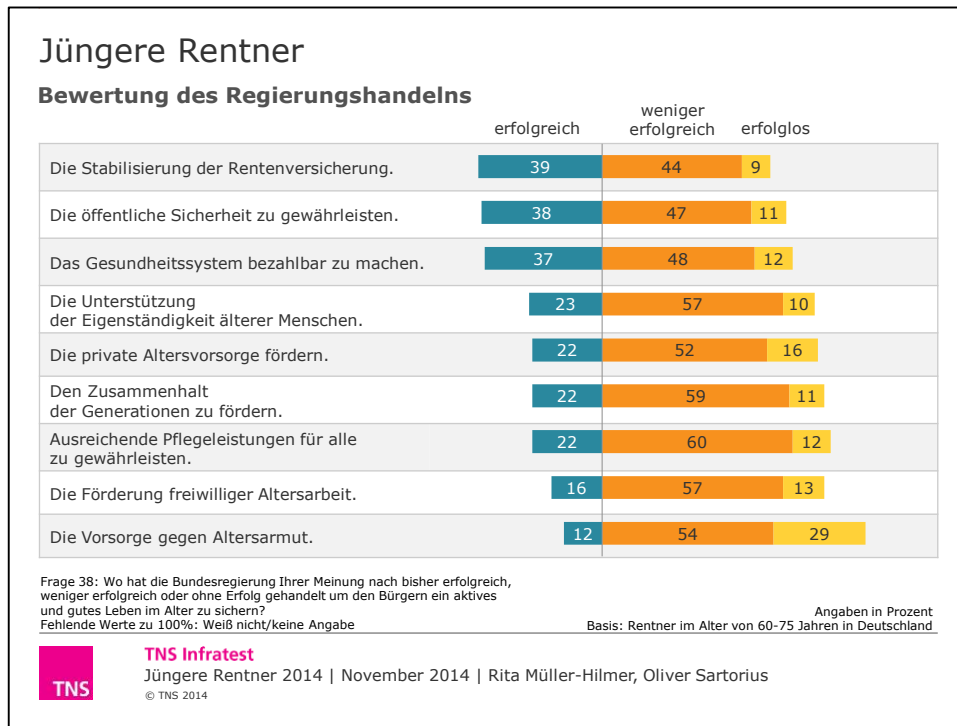
Die Mindestrente ist dabei allerdings die einzige Maßnahme, die von den Jungrentnern in den neuen Bundesländern häufiger eingefordert wird als von den Befragten im Westen Deutschlands (40:30 Prozent). Alle anderen Punkte werden von den Ostdeutschen durchgängig als weniger wichtig erachtet als von den Westdeutschen. Vor dem Hintergrund, dass die Senioren in den neuen Bundesländern seltener der Meinung sind, dass es in Deutschland ein Zuviel an staatlicher Versorgung und ein Zuwenig an Eigenverantwortung gibt, erhält dieser Befund zusätzlich Kontur.

Rentner in der jüngsten Altersgruppe von 60 bis 64 Jahren unterscheiden sich insofern vom Durchschnitt, als dass sie seltener arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Förderung der Integration von Arbeitnehmern über 50 Jahren ins Berufsleben (-19%-Punkte im Vergleich zu Gesamt) und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitnehmer (-8%-Punkte) einfordern. Das ist möglicherweise auch damit begründbar, dass Rentner dieser Altersgruppe vergleichsweise früh aus dem Erwerbsleben ausschieden und dafür häufig gesundheitliche Gründe anführen. Maßnahmen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit laufen hier ins Leere.

Die Förderung des Zusammenlebens der Generationen ist gerade Rentnern ohne Kinder (+9%-Punkte) besonders wichtig. Da sie seltener auf familiären Anschluss im Alter hoffen können, sind für diese Gruppe alternative Wohnformen wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser besonders wichtig. Auch Rentnern, die mit ihrem derzeitigen Leben unzufrieden sind, ist dies das einzige leicht überdurchschnittlich wichtige Anliegen (+4%-Punkte). Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass das gemeinsame Leben über Altersstufen hinweg auch zu größerer persönlicher Lebenszufriedenheit führen könnte.

Bewertung der Politik der Bundesregierung

In vielen der genannten Themenkomplexe hat die Bundesregierung bereits Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Deutschlands Rentnern einen Ruhestand mit Lebensqualität und Versorgungssicherheit zu ermöglichen. Als besonders erfolgreich empfunden wird die Bundesregierung dabei jedoch nicht. Mit den Maßnahmen zur finanziellen Stabilisierung von Rentenversicherung (39 Prozent) und Gesundheitssystem (37 Prozent) erntet die Bundesregierung aber immerhin für zwei Bereiche vergleichsweise große Anerkennung, die für ein gutes Leben im Alter unerlässlich sind. Auf ein ähnliches Niveau kommt sonst nur noch die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Hier attestieren der Regierung ebenfalls knapp vier von zehn Jungrentnern Erfolg (38 Prozent). Eher Nachholbedarf hat die Regierung in den Augen der Rentner, wenn es um die Unterstützung älterer Menschen zu einer eigenständigen Lebensführung geht: Nur 23 Prozent sehen die bisherigen politischen Weichenstellungen als erfolgreich an. Die Förderung privater Altersvorsorge, die Bemühungen um den Generationenzusammenhalt und die Gewährleistung ausreichender Pflegeleistungen werden ebenfalls nur von gut jedem Fünften (je 22 Prozent) als Erfolg bewertet. Die Förderung freiwilliger Altersarbeit folgt mit einer Erfolgsquote von 16 Prozent.



Das schlechteste Zeugnis stellen die Jungrentner der Bundesregierung bei der Bekämpfung von Altersarmut aus. Nur in den Augen eines jeden Achten war sie hier bisher erfolgreich (12 Prozent). Drei von Zehn glauben sogar, dass die Regierung bei diesem Thema bislang vollkommen erfolglos agiert hat (29 Prozent). Misst man Altersarmut als Anteil derjenigen Personen die auf eine Grundsicherung im Alter angewiesen sind, dann spiegelt sich in der kritischen Bewertung der Zielgruppe wider, dass am Jahresende 2013 in Deutschland 499.000 Personen ab 65 Jahren Grundsicherung bezogen haben, was einen Anstieg von 7,4 Punkten im Vergleich zum Vorjahr bedeutet.²⁴

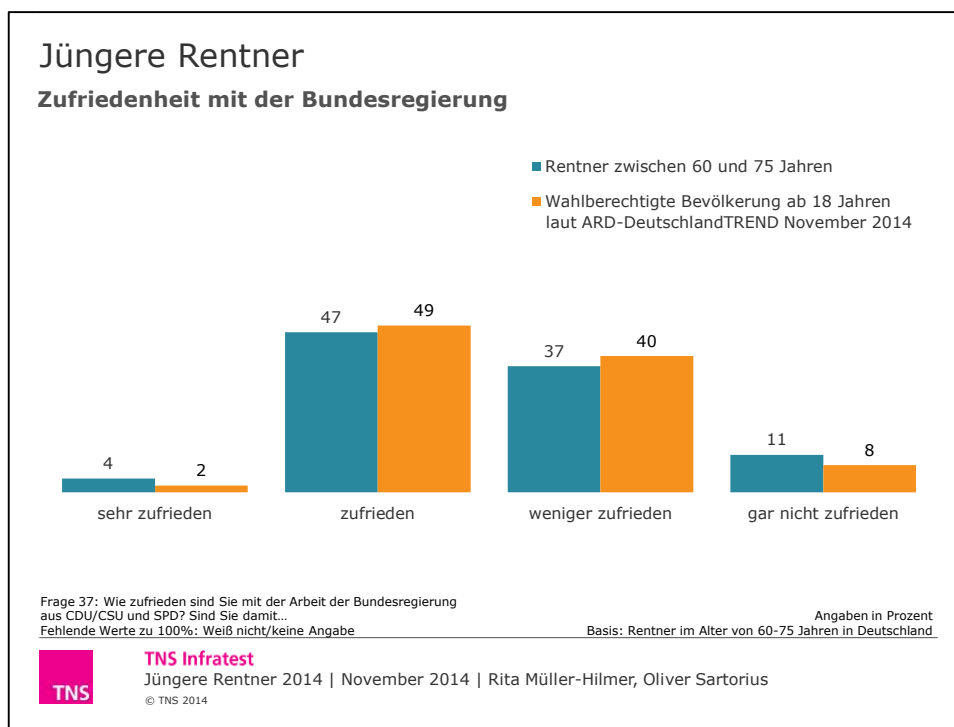
Kritisch muss zudem angemerkt werden, dass Senioren mit starken gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Bundesregierung gerade auf den Feldern schlechte Noten ausstellen, die für diese Zielgruppe besonders wichtig sind: So sind die gesundheitlich Angeschlagenen seltener der Auffassung, dass es der Bundesregierung gelungen ist, das Gesundheitssystem bezahlbar zu halten (-7%-Punkte im Vergleich zu Gesamt) und ausreichende Pflegeleistungen für alle zu gewährleisten (-8%-Punkte).

Allgemeine Zufriedenheit mit der Bundesregierung

Auch wenn das Handeln der Regierung auf den für ältere Menschen besonders relevanten Feldern durchgängig eher kritisch bewertet wird, fällt die Bewertung der Gesamtleistung der Bundesregierung relativ positiv aus. Immerhin jeder Zweite ist mit der Arbeit der Regierung Merkel

²⁴ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 4. November 2014. Abrufbar unter https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/11/PD14_384_221.html.

sehr zufrieden (4 Prozent) oder zufrieden (47 Prozent). 37 Prozent sind weniger zufrieden, 11 Prozent äußern sogar große Unzufriedenheit (11 Prozent). Damit liegt die Regierungszufriedenheit in der Zielgruppe auf demselben Niveau wie in der wahlberechtigten Bevölkerung ab 18 Jahren insgesamt.



Bei dieser Frage gilt: Je zufriedener die Menschen mit ihrem eigenen Leben sind, desto positiver fällt auch ihr Urteil über die Regierung aus. Bei denjenigen, die aktuell mit ihrem Leben sehr zufrieden sind, schneidet die Bundesregierung besonders gut ab (58 Prozent (sehr) zufrieden). Bei den mit dem eigenen Leben Zufriedenen halten sich positive und negative Urteile die Waage (50 Prozent) und bei Personen, die mit ihrem Rentnerdasein unglücklich sind, wird die Regierung nur noch von 32 Prozent positiv bewertet. Dazu passt, dass auch Rentner mit starken Gesundheitsproblemen sehr viel seltener positiv über die Regierungsbilanz urteilen (41 Prozent) als Personen ohne derartige Beschwerden (61 Prozent).

Bei der Frage nach der Sympathie für eine politische Partei macht sich das vergleichsweise große Interesse an Politik in der Zielgruppe der 60- bis 75-Jährigen bemerkbar. 75 Prozent der Rentner benennen eine Partei, die ihnen derzeit am besten gefällt, nur jeder Vierte hat dagegen entweder für keine Partei Sympathie (18 Prozent) oder kann bzw. will diese Frage nicht beantworten (7 Prozent).

Von denjenigen, die eine Partei nennen, geben 42 Prozent an, dass ihnen die CDU/CSU am besten gefällt. Der SPD sind drei von Zehn am meisten gewogen (30 Prozent). Die Grünen werden von jedem Neunten präferiert (11 Prozent), die Linke von jedem Zehnten (10 Prozent). An der Alternative für Deutschland (AfD) finden 5 Prozent den größten Gefallen. Die FDP spielt derzeit auch bei den Rentnern keine Rolle mehr (2 Prozent).